



Gesetz- und Verordnungsblatt für den Freistaat Thüringen

2005	Ausgegeben zu Erfurt, den 31. März 2005	Nr. 4
	Inhalt	Seite
22.03.2005	Erstes Gesetz zur Änderung des Thüringer Tierseuchengesetzes	109
22.03.2005	Gesetz zur Änderung des Thüringer Architektengesetzes, des Ingenieurgesetzes und des Thüringer Ingenieurkammergesetzes	113
22.03.2005	Thüringer Gesetz zur Neuorganisation des Kataster- und Vermessungswesens	115
08.03.2005	Erste Verordnung zur Änderung der Thüringer Infektionskrankheitenmeldeverordnung	125
08.03.2005	Thüringer Verordnung über Zuständigkeiten für die Festsetzung, Berechnung und Anordnung der Zahlung der Bezüge von Bediensteten und Versorgungsempfängern (Thüringer Zuständigkeitsverordnung Bezüge -ThürZustVBezüge-)	126
22.03.2005	Anordnung über die Auflösung der Katasterämter und des Landesvermessungsamtes sowie über die Errichtung des Landesamtes für Vermessung und Geoinformation und Thüringer Verordnung zur Anpassung von Rechtsverordnungen an die Neuorganisation des Kataster- und Vermessungswesens	128

Erstes Gesetz zur Änderung des Thüringer Tierseuchengesetzes Vom 22. März 2005

Der Landtag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Das Thüringer Tierseuchengesetz in der Fassung vom 8. Mai 2001 (GVBl. S. 43), geändert durch Artikel 4 des Gesetzes vom 1. März 2002 (GVBl. S. 161), wird wie folgt geändert:

1. In § 1 Abs. 1 wird die Angabe "11. April 2001 (BGBl. I S. 506)" durch die Angabe "22. Juni 2004 (BGBl. I S. 1260)" ersetzt.

2. § 3 a Satz 1 erhält folgende Fassung:

"Das Landesamt für Lebensmittelsicherheit und Verbraucherschutz kann als zuständige Behörde im Sinne des § 24 Abs. 5 Satz 1 und Abs. 6 Satz 1 TierSG

1. den Betreiber einer Schlachtstätte zur Tötung von Vieh verpflichten, sofern die Tötung der Tiere aufgrund tierseuchenrechtlicher Vorschriften einschließlich unmittelbar geltender Rechtsakte der Europäischen Gemeinschaften im Anwendungsbereich des Tierseuchengesetzes behördlich angeordnet ist, und
2. ein Transportunternehmen verpflichten, zum Zwecke der angeordneten Tötung Transporte zu einer Schlachtstätte durchzuführen."

3. § 6 erhält folgende Fassung:

"§ 6 Errichtung

(1) Für das Land wird eine Tierseuchenkasse als rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts mit Sitz in Weimar errichtet. Sie führt die Bezeichnung 'Thüringer Tierseuchenkasse'.

(2) Die Tierseuchenkasse verwaltet ihre Angelegenheiten im Rahmen der Rechtsvorschriften in eigener Verantwortung, soweit dieses Gesetz nichts anderes bestimmt. Sie führt ein Dienstsiegel.

(3) Die Anstalt entsteht mit dem Übergang des nicht rechtsfähigen Sondervermögens des Landes nach § 33 Abs. 2."

4. Nach § 6 wird folgender § 6 a eingefügt:

"§ 6 a Aufsicht

(1) Die Tierseuchenkasse untersteht der Aufsicht des Landes. Aufsichtsbehörde ist das für das Veterinärwesen zuständige Ministerium. Die Aufsicht beschränkt sich auf die Rechtsaufsicht, soweit in diesem Gesetz nichts anderes bestimmt ist. § 120 Abs. 1, § 121 Abs. 1 und § 122 Abs. 1 der Thüringer Kommunalordnung (ThürKO) in der Fassung vom 28. Januar 2003 (GVBl. S. 41) in der jeweils geltenden Fassung gelten entsprechend.

(2) Die Aufsichtsbehörde kann Beschlüsse und andere Maßnahmen der Tierseuchenkasse auch dann beanstanden, wenn wichtige Belange der Tierseuchenbekämpfung berührt werden. § 120 Abs. 1 und § 121 Abs. 1 ThürKO gelten entsprechend.

(3) Die Aufsichtsbehörde kann jederzeit von der Tierseuchenkasse Auskunft über ihre Angelegenheiten verlangen."

5. Dem § 7 wird folgender Absatz 4 angefügt:

"(4) Die Tierseuchenkasse unterhält Tiergesundheitsdienste."

6. § 10 wird wie folgt geändert:

a) In Absatz 2 Satz 1 werden das Wort "Vorstandes" durch das Wort "Verwaltungsrats" und die Zahl "drei" durch die Zahl "fünf" ersetzt.

b) Absatz 4 erhält folgende Fassung:

"(4) Scheiden Mitglieder des Verwaltungsrats oder deren Stellvertreter im Laufe der Amtsperiode aus, werden für den Rest der Amtsperiode neue Mitglieder oder Stellvertreter nach Maßgabe des Absatzes 2 berufen."

c) Absatz 7 erhält folgende Fassung:

"(7) Der Verwaltungsrat hat zu seinen Sitzungen das für das Veterinärwesen zuständige Ministerium rechtzeitig einzuladen. Darüber hinaus können Vertreter aus berufsständischen Organisationen und Verbänden eingeladen werden. Das für das Veterinärwesen zuständige Ministerium kann verlangen, dass der Verwaltungsrat zur Behandlung bestimmter Angelegenheiten einberufen wird."

d) Folgender Absatz 8 wird angefügt:

"(8) Über die Sitzungen des Verwaltungsrats sind Niederschriften anzufertigen und dem für das Veterinärwesen zuständigen Ministerium innerhalb von sechs Wochen nach der Sitzung zuzuleiten."

7. § 12 erhält folgende Fassung:

"§ 12
Aufgaben des Verwaltungsrats

Der Verwaltungsrat beschließt über

1. die Satzungen der Tierseuchenkasse,
2. den Haushaltsplan,
3. die Rechnungslegung und die Annahme des Geschäftsberichts,
4. die Aufwandsentschädigung und das Sitzungsgeld (§ 10 Abs. 6 Satz 3 und 4),
5. die Bestellung des Wirtschaftsprüfers (§ 15 Abs. 2 Satz 2),
6. die Entlastung des Geschäftsführers,
7. die Erhebung einer Umlage oder die vorübergehende Verwendung von Beiträgen oder Rücklagen anderer Tierarten zur Deckung von Fehlbeträgen bei einzelnen Tierarten (§ 17 Abs. 4),
8. die Richtlinien für die Tätigkeit der Tiergesundheitsdienste (§ 26 Abs. 3) und
9. alle sonstigen grundsätzlichen Angelegenheiten der Tierseuchenkasse.

Die Beschlüsse nach Satz 1 Nr. 1, 2 und 5 bis 7 bedürfen der Genehmigung des für das Veterinärwesen zuständigen Ministeriums."

8. § 13 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 1 Satz 1 erhält folgende Fassung:

"Der Geschäftsführer und sein Stellvertreter werden durch den Verwaltungsrat im Einvernehmen mit dem für das Veterinärwesen zuständigen Ministerium bestellt."

b) Absatz 2 erhält folgende Fassung:

"(2) Der Geschäftsführer vertritt die Tierseuchenkasse gerichtlich und außergerichtlich. Er führt die

laufenden Geschäfte der Tierseuchenkasse in eigener Verantwortung im Rahmen der Gesetze und der Satzungen. Er bereitet die Sitzungen des Verwaltungsrats vor, führt die von ihm gefassten Beschlüsse aus und ist im Übrigen für alle Angelegenheiten der Tierseuchenkasse zuständig, die nicht nach diesem Gesetz dem Verwaltungsrat oder seinem Vorsitzenden zugewiesen sind. Er hat den Verwaltungsrat über alle wichtigen Geschäftsvorgänge, den Gang der Geschäfte und die Tätigkeit der Tiergesundheitsdienste zu unterrichten."

c) Folgende Absätze 3 und 4 werden angefügt:

"(3) Der Geschäftsführer entscheidet im Einvernehmen mit dem Verwaltungsrat und dem für das Veterinärwesen zuständigen Ministerium über die Einstellung und Entlassung der dem höheren Dienst vergleichbaren Angestellten.

(4) Der Geschäftsführer ist Dienststellenleiter im Sinne des § 7 des Thüringer Personalvertretungsgesetzes in der Fassung vom 14. September 2001 (GVBl. S. 225) in der jeweils geltenden Fassung. Er ist Vorgesetzter aller Angestellten und Arbeiter der Tierseuchenkasse und nimmt diesen gegenüber die Befugnisse des Arbeitgebers wahr."

9. § 14 erhält folgende Fassung:

"§ 14
Bedienstete

Die Tierseuchenkasse stellt die zur Erfüllung ihrer Aufgaben erforderlichen Bediensteten ein. § 33 Abs. 1 bleibt unberührt."

10. § 15 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 1 erhält folgende Fassung:

"(1) Für die Haushalts- und Wirtschaftsführung sowie die Rechnungslegung der Tierseuchenkasse gelten die haushaltsrechtlichen Bestimmungen des Landes, soweit nicht durch dieses Gesetz etwas anderes bestimmt ist. Das Geschäftsjahr der Tierseuchenkasse ist das Haushaltsjahr des Landes."

b) Nach Absatz 1 wird folgender neue Absatz 2 eingefügt:

"(2) Der Geschäftsführer hat bis spätestens 31. März des Geschäftsjahrs für das vergangene Geschäftsjahr eine Rechnung aufzustellen sowie einen Geschäftsbericht zu erstellen. Die Rechnung und die Haushalts- und Wirtschaftsführung der Tierseuchenkasse sind von einem Wirtschaftsprüfer zu prüfen. Der Geschäftsführer hat die geprüfte Rechnung, den Prüfungsbericht und den Geschäftsbericht unverzüglich dem Verwaltungsrat und dem für das Veterinärwesen zuständigen Ministerium vorzulegen."

c) Der bisherige Absatz 2 wird Absatz 3.

11. § 16 Abs. 1 wird wie folgt geändert:

- a) Der Nummer 1 werden die Worte "den Gebühren und anderen Entgelten," angefügt.
- b) In Nummer 3 wird die Verweisung "§ 26 Nr. 5" durch die Verweisung "§ 28 Nr. 5" ersetzt.

12. § 17 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 1 wird wie folgt geändert:

aa) Die Sätze 2 und 3 erhalten folgende Fassung:

"Beiträge sind für die in § 71 Abs. 1 Satz 3 TierSG genannten Tierarten sowie für Bienenvölker zu erheben. Von der Erhebung von Beiträgen für die in § 71 Abs. 1 Satz 4 TierSG genannten Tierarten kann nach Maßgabe dieser Bestimmung durch Satzung der Tierseuchenkasse abgesehen werden."

bb) In Satz 6 wird die Verweisung "§ 1 Abs. 2 Nr. 2 TierSG" durch die Verweisung "§ 1 Abs. 2 Nr. 3 TierSG" ersetzt.

b) Folgender Absatz 5 wird angefügt:

"(5) Für die zwangsweise Einziehung der Beiträge gelten die Bestimmungen des Thüringer Verwaltungszustellungs- und Vollstreckungsgesetzes in der Fassung vom 27. September 1994 (GVBl. S. 1053) in der jeweils geltenden Fassung. Vollstreckungsbehörde ist die Gemeinde, in der der Beitragsschuldner seine Wohnung, bei mehreren Wohnungen seine Hauptwohnung, oder seinen Sitz hat. Für Gemeinden ohne eigene Vollziehungsbeamte vollstreckt die Kasse des Landkreises, dem die Gemeinde angehört. Zur Abgeltung des der Vollstreckungsbehörde entstehenden Verwaltungsaufwands stehen dieser außer den Vollstreckungskosten (Gebühren und Auslagen) fünf vom Hundert der eingezogenen Beiträge, mindestens zehn Euro zu. Die Kosten der Vollstreckung trägt der Beitragsschuldner."

13. Nach § 25 wird folgende neue Abschnittsüberschrift eingefügt:

"Fünfter Abschnitt Tiergesundheitsdienste"

14. Folgende neue §§ 26 und 27 werden eingefügt:

"§ 26 Aufgaben und Organisation"

(1) Aufgaben der Tiergesundheitsdienste im Sinne dieses Gesetzes sind:

1. die Beratung der Tierbesitzer in allen tiergesundheitlichen und tierschutzrechtlichen Angelegenheiten; § 6 Abs. 3 Satz 3 des Thüringer Gesetzes zur Förderung der Land- und Forstwirtschaft sowie des

- Gartenbaus vom 23. März 1994 (GVBl. S. 317) in der jeweils geltenden Fassung bleibt unberührt,
2. die Unterstützung des öffentlichen Veterinärwesens und der Lebensmittelüberwachung auf deren Anforderung hin bei der Erfüllung ihrer Aufgaben einschließlich der Durchführung von Maßnahmen zur Förderung der Tiergesundheit im Sinne eines vorbeugenden Verbraucher- und Seuchenschutzes und
3. die Überprüfung der von den Tierbesitzern im Rahmen der Gewährung einer Beihilfe durch die Tierseuchenkasse durchzuführenden Maßnahmen in bestimmten Fällen auf Einhaltung der in der Satzung nach § 20 Abs. 3 mit der Beihilfeleistung verbundenen Voraussetzungen.

(2) Im Rahmen der Aufgaben nach Absatz 1 Nr. 2 ziehen die Behörden nach § 1 Abs. 1 die Tiergesundheitsdienste für Maßnahmen auf dem Gebiet des Tierseuchenschutzes, des Tierschutzes und der Tiergesundheit unterstützend heran. Die Heranziehung der Tiergesundheitsdienste durch die Behörden nach § 1 Abs. 1 Nr. 3 erfolgt im Einvernehmen mit dem Landesamt für Lebensmittelsicherheit und Verbraucherschutz. Näheres wird durch Vertrag zwischen dem für das Veterinärwesen zuständigen Ministerium und der Tierseuchenkasse geregelt.

(3) Die Tiergesundheitsdienste führen ihre Tätigkeit nach Absatz 1 Nr. 1 und 3 nach den vom Verwaltungsrat der Tierseuchenkasse zu erlassenden Richtlinien aus.

(4) Der Geschäftsführer der Tierseuchenkasse leitet die Tiergesundheitsdienste. Diese können in mehrere Fachbereiche untergliedert werden. Zur Beratung des Geschäftsführers können Fachbeiräte für die jeweiligen Fachbereiche berufen werden. Näheres wird durch Satzung der Tierseuchenkasse geregelt.

(5) Soweit es zur Durchführung der Überprüfung nach Absatz 1 Nr. 3 erforderlich ist, sind die Tiergesundheitsdienste berechtigt,

1. Grundstücke, Wirtschaftsgebäude, Geschäfts- und Betriebsräume, Ställe und ähnliche Räume, in denen Tiere gehalten werden können, während der üblichen Geschäfts- und Betriebszeiten zu betreten und
2. geschäftliche Aufzeichnungen, Bücher und Unterlagen einzusehen und hieraus Abschriften oder Auszüge anzufertigen.

Das Grundrecht auf Unverletzlichkeit der Wohnung (Artikel 13 des Grundgesetzes, Artikel 8 der Verfassung des Freistaats Thüringen) wird insoweit eingeschränkt.

(6) Die Tiergesundheitsdienste arbeiten eng mit dem Landesamt für Lebensmittelsicherheit und Verbraucherschutz sowie den Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsämtern zusammen.

§ 27 Aufgaben- und Kostenträger, Aufsicht

(1) Aufgaben, die die Tiergesundheitsdienste nach § 26 Abs. 1 Nr. 2 und Abs. 2 wahrnehmen, sind Landesauf-

gaben. Im Übrigen sind es Aufgaben der Tierseuchenkasse.

(2) Die Tierseuchenkasse erhebt für die Leistungen der Tiergesundheitsdienste, die im Auftrag der Tierbesitzer erbracht und nicht bei der Berechnung der Beitragssätze berücksichtigt werden, oder die im Auftrag des Landes nach § 26 Abs. 1 Nr. 2 und Abs. 2 ausgeführt werden, Gebühren und Auslagen. Die Erhebung erfolgt aufgrund einer Satzung der Tierseuchenkasse. Kostenschuldner ist der Auftraggeber.

(3) Die Tiergesundheitsdienste unterliegen der Fachaufsicht des für das Veterinärwesen zuständigen Ministeriums. Soweit die Tiergesundheitsdienste Aufgaben für das Land wahrnehmen, ist das für das Veterinärwesen zuständige Ministerium auch befugt, Prüfungen durchzuführen und Berichte, Akten und sonstige Unterlagen einzusehen und anzufordern."

15. Der bisherige Fünfte Abschnitt wird Dritter Teil.

16. Der bisherige § 26 wird § 28 und wie folgt geändert:

a) Nach dem Wort "Gesetzes" werden das Wort "und" durch ein Komma und die Worte "unbeschadet des § 18 Abs. 6" durch die Worte "sowie der unmittelbar geltenden Rechtsakte der Europäischen Gemeinschaften im Anwendungsbereich des Tierseuchengesetzes unbeschadet des § 18 Abs. 6 und des § 27 Abs. 2" ersetzt.

b) Nummer 5 erhält folgende Fassung:

"5. die Tötung und unschädliche Beseitigung oder die Schlachtung und Verwertung von Tieren einschließlich des dafür notwendigen Transports im Sinne des § 67 Abs. 4 Satz 2 TierSG und die Untersuchung zur Feststellung des Genotyps von Schafen in Fällen, in denen eine Entschädigung zu leisten ist; ist die Entschädigung teils vom Land, teils von der Tierseuchenkasse zu tragen, werden die Kosten im gleichen Verhältnis geteilt,"

c) In Nummer 6 wird die Verweisung "§ 29 Abs. 3" durch die Verweisung "§ 31 Abs. 3" ersetzt.

17. Der bisherige § 27 wird § 29 und wie folgt geändert:

a) Nach dem Wort "Gesetzes" werden das Wort "und" durch ein Komma ersetzt und nach dem Wort "Rechtsverordnungen" die Worte "sowie der unmittelbar geltenden Rechtsakte der Europäischen Gemeinschaften im Anwendungsbereich des Tierseuchengesetzes" eingefügt.

b) Nummer 2 erhält folgende Fassung:

"2. der Tötung und unschädlichen Beseitigung oder der Schlachtung und Verwertung von Tieren einschließlich des dafür notwendigen Transports im Sinne des § 67 Abs. 4 Satz 2 TierSG und der Untersuchung zur Feststellung des Genotyps von

Schafen in Fällen, in denen eine Entschädigung zu leisten ist, nach Maßgabe des § 28 Nr. 5,"

c) In Nummer 3 wird die Verweisung "§ 29 Abs. 3" durch die Verweisung "§ 31 Abs. 3" ersetzt.

18. Der bisherige § 28 wird § 30.

19. Der bisherige § 29 wird § 31 und in Absatz 1 werden das Wort "und" durch ein Komma ersetzt und nach dem Wort "Rechtsverordnungen" die Worte "sowie der unmittelbar geltenden Rechtsakte der Europäischen Gemeinschaften im Anwendungsbereich des Tierseuchengesetzes" eingefügt.

20. Der bisherige Dritte Teil wird Vierter Teil.

21. Der bisherige § 30 wird § 32.

22. Folgende neue §§ 33 und 34 werden eingefügt:

"§ 33

Personal und Übergang des Sondervermögens des Landes

(1) Die Arbeitsverhältnisse der am 30. Juni 2005 bei der Tierseuchenkasse beschäftigten Personen gehen am 1. Juli 2005 auf die Anstalt nach § 6 Abs. 1 Satz 1 über.

(2) Die Thüringer Tierseuchenkasse als nicht rechtsfähiges Sondervermögen des Landes geht gemäß den zum 30. Juni 2005 erstellten Schlussbilanzen am 1. Juli 2005 auf die Anstalt nach § 6 Abs. 1 über. Diese ist Rechtsnachfolgerin des Sondervermögens Thüringer Tierseuchenkasse.

§ 34

Übergangsbestimmung

Bis zum Ablauf der nach § 10 Abs. 2 Satz 1 in der bis zum In-Kraft-Treten des Ersten Gesetzes zur Änderung des Thüringer Tierseuchengesetzes geltenden Fassung vorgesehenen Amtszeit der berufenen Mitglieder und Stellvertreter des Vorstands der Tierseuchenkasse, gelten diese als berufene Mitglieder und Stellvertreter des Verwaltungsrats der Tierseuchenkasse als rechtsfähiger Anstalt des öffentlichen Rechts."

23. Der bisherige § 31 wird § 35.

24. Der bisherige § 32 wird § 36 und wie folgt geändert:

a) Die Überschrift erhält folgende Fassung:

"In-Kraft-Treten, Außer-Kraft-Treten"

b) Nach dem Wort "Kraft" werden die Worte "und mit Ablauf des 30. Juni 2010 außer Kraft" eingefügt.

25. Folgende Bezeichnungen werden ersetzt:

a) in § 9, § 10 Abs. 1, 3 und 5 Satz 1 sowie § 11 Abs. 1 "Vorstand" durch "Verwaltungsrat" und

- b) in § 10 Abs. 5 Satz 3, Abs. 6 Satz 1 und 3, in der Überschrift des § 11 und in § 11 Abs. 2 "Vorstandes" durch "Verwaltungsrats".

Treten dieses Gesetzes an geltenden Fassung im Gesetz- und Verordnungsblatt für den Freistaat Thüringen bekannt zu machen.

26. Die Inhaltsübersicht wird den vorstehenden Änderungen angepasst.

Artikel 2

Die Präsidentin des Landtags wird ermächtigt, den Wortlaut des Thüringer Tierseuchengesetzes in der vom In-Kraft-

Artikel 3

Dieses Gesetz tritt am 1. Juli 2005 in Kraft. Abweichend von Satz 1 treten Artikel 1 Nr. 1, 2 und 12 Buchst. a und Nr. 16 Buchst. a und b, Nr. 17 Buchst. a und b sowie Nr. 19 am Tage nach der Verkündung in Kraft.

Erfurt, den 22. März 2005
Die Präsidentin des Landtags
Prof. Dr.-Ing. habil. Schipanski

Gesetz zur Änderung des Thüringer Architektengesetzes, des Ingenieurgesetzes und des Thüringer Ingenieurkammergesetzes¹⁾ Vom 22. März 2005

Der Landtag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1 Änderung des Thüringer Architektengesetzes

Das Thüringer Architektengesetz vom 13. Juni 1997 (GVBl. S. 210), zuletzt geändert durch Artikel 17 des Gesetzes vom 24. Oktober 2001 (GVBl. S. 265), wird wie folgt geändert:

1. In § 4 Abs. 1 Satz 2 Nr. 5 werden nach dem Wort "versichern" ein Semikolon und die Worte "von Versicherungsunternehmen anderer Mitgliedstaaten der Europäischen Union ausgestellte Bescheinigungen sind gleichwertig; aus den Bescheinigungen, die bei ihrer Vorlage nicht älter als drei Monate sein dürfen, muss hervorgehen, dass die Versicherung in Bezug auf Deckungsbedingungen und -umfang gleichwertig ist" eingefügt.
2. § 6 wird wie folgt geändert:
 - a) Absatz 2 erhält folgende Fassung:

"(2) Die Voraussetzung nach Absatz 1 Nr. 2 erfüllt als Architekt auch, wer eine gleichwertige Abschlussprüfung an einer ausländischen Hochschule oder an einer sonstigen ausländischen Einrichtung mit Erfolg abgelegt hat. Bei Staatsangehörigen eines

Mitgliedstaats der Europäischen Union oder eines Vertragsstaats des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum gelten die nach Artikel 7 der Richtlinie 85/384/EWG des Rates vom 10. Juni 1985 für die gegenseitige Anerkennung der Diplome, Prüfungszeugnisse und sonstigen Befähigungsnachweise auf dem Gebiet der Architektur und für Maßnahmen zur Erleichterung der tatsächlichen Ausübung des Niederlassungsrechts und des Rechts auf freien Dienstleistungsverkehr (ABl. EG Nr. L 223 S. 15) in der jeweiligen Fassung bekannt gemachten Diplome, Prüfungszeugnisse und sonstigen Befähigungsnachweise und die entsprechenden Nachweise nach den Artikeln 11 oder 12 der Richtlinie 85/384/EWG als gleichwertig. Der Prüfung nach Artikel 6 der Richtlinie 85/384/EWG unterliegen Diplome, Prüfungszeugnisse und sonstige Befähigungsnachweise im Bereich der Architektur, die die betreffende Person außerhalb der Europäischen Union erworben hat, sofern diese bereits in einem Mitgliedstaat anerkannt worden sind, sowie die in einem Mitgliedstaat absolvierten Ausbildungsgänge und die dort erworbene Berufserfahrung. Die Sätze 1 bis 3 gelten entsprechend für Drittstaaten und Drittstaatsangehörige, soweit sich hinsichtlich der Diplomanerkennung nach dem Recht der Europäischen Gemeinschaften eine Gleichstellung ergibt."

¹⁾ Das Gesetz dient der Umsetzung der Richtlinie 2001/19/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. Mai 2001 zur Änderung der Richtlinien 89/48/EWG und 92/51/EWG des Rates über eine allgemeine Regelung zur Anerkennung beruflicher Befähigungsnachweise und der Richtlinien 77/452/EWG, 77/453/EWG, 78/686/EWG, 78/687/EWG, 78/1026/EWG, 78/1027/EWG, 80/154/EWG, 80/155/EWG, 85/384/EWG, 85/432/EWG, 85/433/EWG und 93/16/EWG des Rates über die Tätigkeiten der Krankenschwester und des Krankenpflegers, die für die allgemeine Pflege verantwortlich sind, des Zahnarztes, des Tierarztes, der Hebamme, des Architekten, des Apothekers und des Arztes (ABl. EG Nr. L 206 S. 1).

b) Nach Absatz 2 wird folgender Absatz 2 a eingefügt:

"(2 a) Die Voraussetzungen nach Absatz 1 erfüllt als Innenarchitekt, als Stadtplaner sowie als Garten- und Landschaftsarchitekt auch, wer

1. aufgrund eines Diploms im Sinne des Artikels 1 Buchst. a der Richtlinie 89/48/EWG des Rates vom 21. Dezember 1988 über eine allgemeine Regelung zur Anerkennung der Hochschuldiplome, die eine mindestens dreijährige Berufsausbildung abschließen (ABl. EG 1989 Nr. L 19 S. 16) in der jeweils geltenden Fassung in einem Mitgliedstaat der Europäischen Union oder einem Vertragsstaat des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum über die beruflichen Voraussetzungen für den unmittelbaren Zugang zum Beruf des Innenarchitekten, des Stadtplaners oder des Garten- und Landschaftsarchitekten oder für die Ausübung dieser Berufe verfügt, oder
2. über Ausbildungsnachweise im Sinne des Artikels 3 Buchst. b der Richtlinie 89/48/EWG verfügt und diesen Beruf in einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union oder einem Vertragsstaat des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum mindestens zwei Jahre in den zehn Jahren vor der Antragstellung tatsächlich und rechtmäßig ausgeübt hat.

Die zweijährige Berufserfahrung darf nicht verlangt werden, wenn die nach Satz 1 erforderlichen Ausbildungsnachweise den Abschluss einer reglementierten Ausbildung im Sinne des Artikels 1 Buchst. d der Richtlinie 89/48/EWG bestätigen. Die Sätze 1 und 2 gelten entsprechend für Drittstaaten und Drittstaatsangehörige, soweit sich hinsichtlich der Diplomanerkennung nach dem Recht der Europäischen Gemeinschaften eine Gleichstellung ergibt."

c) Nach Absatz 6 wird folgender Absatz 6 a eingefügt:

"(6 a) Die Entscheidung über die Eintragung ist innerhalb einer Frist von drei Monaten ab dem Zeitpunkt zu treffen, zu dem der Antragsteller den Antrag zusammen mit den vollständigen Unterlagen eingereicht hat. Ablehnende Entscheidungen sind zu begründen."

Artikel 2 Änderung des Ingenieurgesetzes

Das Ingenieurgesetz vom 7. Januar 1992 (GVBl. S. 1) wird wie folgt geändert:

1. Die Überschrift erhält folgende Fassung:

"Thüringer Gesetz zum Schutz der Berufsbezeichnung 'Ingenieur' (Thüringer Ingenieurgesetz - ThürIngG)"

2. § 2 Abs. 2 und 3 erhält folgende Fassung:

"(2) Die Genehmigung ist zu erteilen, wenn die nachgewiesene ausländische Ausbildung einer der in § 1

Nr. 1 genannten Ausbildungen gleichwertig ist. Ist der Antragsteller nicht Deutscher im Sinne des Artikels 116 des Grundgesetzes, so kann die Genehmigung versagt werden, wenn die Gegenseitigkeit nicht gewährleistet ist. Dies gilt nicht für Staatsangehörige von Mitgliedstaaten der Europäischen Union oder Vertragsstaaten des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum.

(3) Die Genehmigung ist ferner Staatsangehörigen der Mitgliedstaaten der Europäischen Union oder der Vertragsstaaten des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum zu erteilen, die

1. ein Diplom im Sinne des Artikels 1 Buchst. a der Richtlinie 89/48/EWG des Rates vom 21. Dezember 1988 über eine allgemeine Regelung zur Anerkennung der Hochschuldiplome, die eine mindestens dreijährige Berufsausbildung abschließen (ABl. EG 1989 Nr. L 19 S. 16) in der jeweils geltenden Fassung erworben haben, das in einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union oder einem anderen Vertragsstaat des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum für den Zugang zum Ingenieurberuf, dessen Ausübung oder für die Führung einer der deutschen Berufsbezeichnung 'Ingenieurin' oder 'Ingenieur' entsprechenden Berufsbezeichnung allein oder in einer Wortverbindung erforderlich ist, oder
2. den Beruf eines Ingenieurs vollzeitlich zwei Jahre lang in den vorhergehenden zehn Jahren in einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union oder einem anderen Vertragsstaat des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum, der den Zugang zum Ingenieurberuf, dessen Ausübung oder die Führung einer der deutschen Berufsbezeichnung 'Ingenieurin' oder 'Ingenieur' entsprechenden Bezeichnung allein oder in einer Wortverbindung nicht an den Besitz eines Diploms nach Nummer 1 bindet, ausgeübt haben und dabei im Besitz eines Ausbildungsnachweises im Sinne des Artikels 3 Buchst. b der Richtlinie 89/48/EWG sind; die zweijährige Berufserfahrung darf jedoch nicht verlangt werden, wenn der oder die Ausbildungsnachweise den Abschluss einer reglementierten Ausbildung nach Artikel 1 Buchst. d der Richtlinie 89/48/EWG bestätigen.

Die in Satz 1 genannten Voraussetzungen können durch Bescheinigungen der zuständigen Behörden des jeweiligen Mitgliedstaats der Europäischen Union oder Vertragsstaats des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum nachgewiesen werden. Das Genehmigungsverfahren muss spätestens vier Monate nach Vorlage der vollständigen Antragsunterlagen abgeschlossen sein. Ablehnende Entscheidungen sind zu begründen."

3. § 5 Abs. 2 Satz 1 erhält folgende Fassung:

"Zuständige Behörde nach § 2 Abs. 1 ist das für das Hochschulwesen zuständige Ministerium."

4. Nach § 8 wird folgender neue § 9 eingefügt:

"§ 9

Status- und Funktionsbezeichnungen in diesem Gesetz gelten jeweils in männlicher und weiblicher Form."

5. Der bisherige § 9 wird § 10.

**Artikel 3
Änderung des Thüringer
Ingenieurkammergesetzes**

In § 4 Abs. 3 werden nach Satz 1 des Thüringer Ingenieurkammergesetzes vom 6. August 1993 (GVBl. S. 462), das

zuletzt durch Artikel 19 des Gesetzes vom 24. Oktober 2001 (GVBl. S. 265) geändert worden ist, folgende Sätze eingefügt:

"Die Entscheidung ist innerhalb einer Frist von vier Monaten ab dem Zeitpunkt zu treffen, zu dem der Antragsteller den Antrag zusammen mit den vollständigen Unterlagen eingereicht hat. Ablehnende Entscheidungen sind zu begründen."

**Artikel 4
In-Kraft-Treten**

Dieses Gesetz tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft.

Erfurt, den 22. März 2005
Die Präsidentin des Landtags
Prof. Dr.-Ing. habil. Schipanski

**Thüringer Gesetz
zur Neuorganisation des Kataster- und Vermessungswesens
Vom 22. März 2005**

Der Landtag hat das folgende Gesetz beschlossen:

**Artikel 1
Thüringer Gesetz
über die Öffentlich bestellten
Vermessungsingenieure (ThürGöbVI)**

Inhaltsübersicht

**Erster Abschnitt
Rechtsstellung, Befugnisse**

- § 1 Rechtsstellung
§ 2 Aufgaben und Befugnisse

**Zweiter Abschnitt
Amtsausübung**

- § 3 Amtsbezirk und Amtssitz
§ 4 Geschäftsstelle und Dienstsiegel
§ 5 Allgemeine Amtspflichten
§ 6 Geschäftsführung
§ 7 Pflichten gegenüber den Kataster- und Vermessungsbehörden
§ 8 Kosten
§ 9 Haftung
§ 10 Vertretung

**Dritter Abschnitt
Aufsicht, Verletzung der Amtspflichten,
Ordnungswidrigkeiten**

- § 11 Aufsicht
§ 12 Verletzung der Amtspflichten
§ 13 Ordnungswidrigkeiten

**Vierter Abschnitt
Bestellung, Bestellungsverfahren,
Erlöschen des Amtes**

- § 14 Voraussetzungen für die Bestellung
§ 15 Bestellungsverfahren
§ 16 Anhörungsausschuss
§ 17 Erlöschen des Amtes
§ 18 Erlöschen des Amtes auf eigenen Antrag
§ 19 Entlassung aus dem Amt
§ 20 Amtsverwalter

**Fünfter Abschnitt
Besondere Bestimmungen**

- § 21 Beteiligung der Berufsvertretungen
§ 22 Tätigwerden Öffentlich bestellter Vermessungsingenieure anderer Bundesländer

**Sechster Abschnitt
Übergangs- und Schlussbestimmungen**

- § 23 Rechtsvorschriften
§ 24 Übergangsbestimmungen
§ 25 Gleichstellungsbestimmung

**Erster Abschnitt
Rechtsstellung, Befugnisse**

**§ 1
Rechtsstellung**

- (1) Zur Mitwirkung an den Aufgaben des öffentlichen Vermessungswesens werden Öffentlich bestellte Vermessungsingenieure von dem für das Kataster- und Vermes-

sungswesen zuständigen Ministerium nach den Bestimmungen dieses Gesetzes bestellt.

(2) Der Öffentlich bestellte Vermessungsingenieur ist Träger eines öffentlichen Amtes zur Erfüllung von Aufgaben auf dem Gebiet des öffentlichen Vermessungswesens. Seine Tätigkeit ist kein Gewerbe.

§ 2

Aufgaben und Befugnisse

- (1) Der Öffentlich bestellte Vermessungsingenieur ist befugt,
 1. Vermessungen, deren Ergebnisse dazu bestimmt sind, in das Liegenschaftskataster übernommen zu werden, auszuführen und auszuwerten sowie Abmarkungen durchzuführen,
 2. Einsicht in die Bestandteile des Liegenschaftskatasters nach § 2 des Thüringer Katastergesetzes (ThürKatG) vom 7. August 1991 (GVBl. S. 285) in der jeweils geltenden Fassung zu gewähren sowie Auskünfte und Auszüge daraus zu erteilen, sofern er am automatisierten Abrufverfahren nach § 10 Abs. 4 Satz 1 ThürKatG teilnimmt,
 3. Tatbestände, die am Grund und Boden durch vermessungstechnische Ermittlungen festgestellt werden, mit öffentlichem Glauben zu beurkunden,
 4. weitere Aufgaben des öffentlichen Vermessungswesens wahrzunehmen, soweit er durch Rechtsvorschrift dazu ermächtigt wird, und
 5. unter Berufung auf seinen Berufseid als Sachverständiger für das Vermessungswesen aufzutreten.

(2) Auf die Beurkundungen und Beglaubigungen sind die Bestimmungen des Beurkundungsgesetzes vom 28. August 1969 (BGBl. I S. 1513) in der jeweils geltenden Fassung entsprechend anzuwenden.

(3) Neben der Tätigkeit nach Absatz 1 darf der Öffentlich bestellte Vermessungsingenieur auch andere Aufgaben auf allen Gebieten des Vermessungswesens wahrnehmen, soweit er aufgrund seiner Ausbildung und Erfahrung sachkundig ist.

(4) Der Öffentlich bestellte Vermessungsingenieur hat in angemessenem Umfang an der Berufs- und Laufbahnausbildung von Nachwuchskräften im Vermessungswesen nach den hierfür geltenden Rechts- und Verwaltungsvorschriften mitzuwirken.

Zweiter Abschnitt Amtsausübung

§ 3

Amtsbezirk und Amtssitz

(1) Amtsbezirk des Öffentlich bestellten Vermessungsingenieurs ist das Gebiet eines Landkreises oder einer kreisfreien Stadt.

(2) Der Amtssitz eines Öffentlich bestellten Vermessungsingenieurs hat innerhalb des Amtsbezirks zu liegen. Eine Verlegung des Amtssitzes bedarf der Genehmigung der Aufsichtsbehörde. Dem Antrag auf Verlegung ist nicht zu

entsprechen, wenn die Zuweisung des beantragten Amtssitzes den Erfordernissen eines geordneten öffentlichen Vermessungswesens widersprechen würde.

§ 4

Geschäftsstelle und Dienstsiegel

(1) Der Öffentlich bestellte Vermessungsingenieur darf sein Amt nur von seinem Amtssitz aus wahrnehmen. Er darf weder Zweigstellen einrichten noch auswärtige Sprechtagge abhalten.

(2) An seinem Amtssitz hat der Öffentlich bestellte Vermessungsingenieur eine Geschäftsstelle einzurichten. Sie muss so ausgestattet sein, wie es zur ordnungsgemäßen Amtsausübung erforderlich ist. Der Öffentlich bestellte Vermessungsingenieur kann an seiner Geschäftsstelle ein Schild mit dem Wappen des Freistaats Thüringen anbringen. Darunter kann ein Schriftschild mit der Aufschrift "Öffentlich bestellter Vermessungsingenieur", seinem Namen und der Beifügung des akademischen Grades angebracht werden.

(3) Öffentlich bestellte Vermessungsingenieure können sich zur gemeinsamen Berufsausübung verbinden, wenn sie eine gemeinsame Geschäftsstelle an einem Amtssitz einrichten und die rechtliche und wirtschaftliche Selbstständigkeit sowie die eigenverantwortliche Berufsausübung gewahrt bleiben (Arbeitsgemeinschaft). Die Arbeitsgemeinschaft kann gemeinsame Einrichtungen und Geräte halten. Die Öffentlich bestellten Vermessungsingenieure sind verpflichtet, den Vertrag über die Arbeitsgemeinschaft der Aufsichtsbehörde zur Genehmigung vorzulegen. Die Genehmigung ist zu versagen, wenn Belange eines geordneten öffentlichen Vermessungswesens der Bildung der Arbeitsgemeinschaft entgegenstehen. Die Genehmigung ist zu widerrufen, wenn eine ihrer Voraussetzungen nicht mehr gegeben ist.

(4) Öffentlich bestellte Vermessungsingenieure können für die Erledigung von großflächigen oder aufwändigen Vermessungsvorhaben projektbezogene Arbeitsgemeinschaften bilden, wenn die rechtliche und wirtschaftliche Selbstständigkeit sowie die eigenverantwortliche Berufsausübung gewahrt bleiben. Das Projekt ist der Aufsichtsbehörde darzulegen und die projektbezogene Arbeitsgemeinschaft von ihr genehmigen zu lassen.

(5) Der Öffentlich bestellte Vermessungsingenieur führt ein Dienstsiegel.

§ 5

Allgemeine Amtspflichten

(1) Der Öffentlich bestellte Vermessungsingenieur hat sein Amt persönlich und selbstständig auszuüben und seine Aufgaben und Pflichten getreu seinem Eid unparteiisch, gewissenhaft und zuverlässig auszuüben. Sein Verhalten innerhalb und außerhalb seines Berufs muss der Achtung und dem Vertrauen entsprechen, die sein Amt erfordern. Er darf keine Bindungen eingehen, die ihn in persönliche, rechtliche oder wirtschaftliche Abhängigkeiten führen und

damit die Erfüllung der ihm obliegenden Amtspflichten beeinträchtigen könnten.

(2) Er hat die Antragsteller und Beteiligten sachgemäß zu beraten und zu belehren. Er darf im Zusammenhang mit Amtshandlungen keinen Vorteil anbieten, versprechen oder gewähren und keine Werbung durchführen. Eine die Allgemeinheit aufklärende Information über das Amt des Öffentlich bestellten Vermessungsingenieurs und die Anschrift seiner Geschäftsstelle sowie eine sachliche Aufzählung des Leistungsprofils sind zulässig.

(3) Über die ihm bei seiner Amtsausübung anvertrauten oder sonst bekannt gewordenen Angelegenheiten hat der Öffentlich bestellte Vermessungsingenieur Verschwiegenheit zu bewahren. Die Schweigepflicht bleibt auch bestehen, wenn die Bestellung erlischt. Die Schweigepflicht gilt nicht für Mitteilungen im dienstlichen Verkehr oder über Tatsachen, die offenkundig sind oder ihrer Bedeutung nach keiner Geheimhaltung bedürfen.

(4) Der Öffentlich bestellte Vermessungsingenieur hat die bei ihm Beschäftigten zur Verschwiegenheit nachweislich zu verpflichten. Die Schweigepflicht muss beim Ausscheiden aus dem Arbeitsverhältnis weiter gelten.

(5) Die Beteiligten und die Aufsichtsbehörde können von der Schweigepflicht nach den Absätzen 3 und 4 entbinden, die Aufsichtsbehörde jedoch nur, wenn ein öffentliches Interesse vorliegt.

§ 6 Geschäftsführung

(1) Der Öffentlich bestellte Vermessungsingenieur wird nur auf Antrag eines Berechtigten tätig. Im Bereich seines Amtsbezirks ist der Öffentlich bestellte Vermessungsingenieur verpflichtet, für Aufgaben nach § 2 Abs. 1 Nr. 1 bis 3 alle Anträge anzunehmen und die beantragten Leistungen innerhalb der nach § 23 Nr. 2 durch Rechtsverordnung näher zu bestimmenden Regelbearbeitungsfristen durchzuführen, soweit sich nicht aus besonderen Bestimmungen Ausnahmen ergeben. Er darf Anträge nur dann ablehnen, wenn die Besorgnis der Befangenheit vorliegt oder die Antragserfüllung mit den sonstigen Amtspflichten nicht vereinbar ist. Die Besorgnis der Befangenheit ist insbesondere bei den in § 3 des Beurkundungsgesetzes genannten Tatbeständen anzunehmen.

(2) Soweit seine Aufgaben im Amtsbezirk nicht beeinträchtigt werden, darf der Öffentlich bestellte Vermessungsingenieur auch im übrigen Landesgebiet alle Aufgaben nach § 2 wahrnehmen. Ist für ihn absehbar, dass er Anträge außerhalb seines Amtsbezirks nicht innerhalb einer angemessenen Frist erledigen kann, so hat er den Antragsteller darauf hinzuweisen. Er kann solche Anträge innerhalb von zwei Wochen nach Eingang ablehnen.

(3) Er ist verpflichtet, seine Arbeiten unter Beachtung der einschlägigen Rechts- und Verwaltungsvorschriften sowie der anerkannten technischen Regeln in einer der Sachlage und Zweckbestimmung entsprechenden wirtschaftlichen Weise sorgfältig und gewissenhaft auszuführen.

(4) Soweit er die vermessungstechnische Ermittlung der Tatbestände für eine Beurkundung nicht selbst vorzunehmen hat, kann er zur Wahrnehmung seiner Aufgaben Fachkräfte mit abgeschlossener vermessungstechnischer Ausbildung zur Mitwirkung heranziehen, die von ihm auf der Grundlage eines Arbeitsvertrags beschäftigt werden. Die Mitwirkung von Fachkräften ist von der Aufsichtsbehörde zu genehmigen. Die wirksame Aufsicht über die Fachkräfte ist durch den Öffentlich bestellten Vermessungsingenieur persönlich zu gewährleisten.

(5) Der Öffentlich bestellte Vermessungsingenieur ist für die Richtigkeit der angefertigten Vermessungsschriften, Zeichnungen, Pläne und anderer Arbeitsergebnisse verantwortlich und hat diese zu bescheinigen. Vorhandene Mängel in seinen Vermessungen und Vermessungsschriften hat er innerhalb von sechs Wochen nach Bekanntgabe durch die Katasterbehörde auf eigene Kosten zu beheben, soweit er für sie verantwortlich ist. Hat eine andere Vermessungsstelle diese Mängel verursacht, gilt für sie Satz 2 entsprechend. Die Sätze 2 und 3 gelten auch dann, wenn die Vermessungsergebnisse bereits in das Liegenschaftskataster übernommen worden sind. Die Aufsichtsbehörde kann die Frist verlängern, wenn es sich um umfangreiche Nacharbeiten handelt oder Verzögerungen in der Mängelbeseitigung nicht von der jeweiligen Vermessungsstelle zu vertreten sind; sie kann sie verkürzen, wenn es im Einzelfall geboten ist.

(6) Der Öffentlich bestellte Vermessungsingenieur muss für alle von ihm übernommenen und durchgeführten Arbeiten folgende Angaben anhand seiner Geschäftsunterlagen nachweisen können:

1. den Namen und die Anschrift des Antragstellers oder Auftraggebers,
2. den Zahlungspflichtigen,
3. die genaue Bezeichnung des Antrags oder Auftrags,
4. den Tag der Annahme des Antrags oder Auftrags und
5. den Eingang von Genehmigungen, Vollmachten und sonstigen für die Bearbeitung notwendigen Dokumenten.

(7) Er hat für alle von ihm durchgeführten Arbeiten nach § 2 Abs. 1 Nachweise über die Ermittlung, Abrechnung und den Zahlungseingang der Vergütung zu führen.

(8) Die Geschäftsunterlagen und die Nachweise nach den Absätzen 6 und 7 sind mindestens bis zum Ablauf des fünften auf die Abrechnung folgenden Kalenderjahres aufzubewahren.

§ 7 Pflichten gegenüber den Kataster- und Vermessungsbehörden

(1) Der Öffentlich bestellte Vermessungsingenieur hat bei allen Vermessungsarbeiten darauf zu achten, dass seine Arbeit dem Liegenschaftskataster und auch der Landesvermessung dient und insbesondere zur Verbesserung und Erneuerung der Vermessungsgrundlagen beiträgt.

(2) Er soll bei seinen Arbeiten anfallende Unterlagen, die für die Landesvermessung von Bedeutung sind, der Auf-

sichtsbehörde anzeigen und auf Verlangen zur Auswertung vorlegen.

(3) Der Öffentlich bestellte Vermessungsingenieur hat bei der oberen Katasterbehörde alle Unterlagen, die für die Führung des Liegenschaftskatasters von Bedeutung sind, in angemessener Frist einzureichen und ihr die für die Bekanntgabe von Verwaltungsakten sowie die für die Gebührenfestsetzung erforderlichen Angaben mitzuteilen.

§ 8 Kosten

(1) Der Öffentlich bestellte Vermessungsingenieur erhebt für seine Amtshandlungen Kosten (Gebühren und Auslagen) nach dem Thüringer Verwaltungskostengesetz vom 7. August 1991 (GVBl. S. 285 -321-) in der jeweils geltenden Fassung und der aufgrund des § 23 Nr. 3 erlassenen Verwaltungskostenordnung.

(2) Vorschriften, die eine Gebührenbefreiung oder -ermäßigung vorsehen, gelten nicht für Amtshandlungen des Öffentlich bestellten Vermessungsingenieurs.

§ 9 Haftung

(1) Der Öffentlich bestellte Vermessungsingenieur ist verpflichtet, sich gegen Haftpflichtgefahren, die sich aus seiner Berufstätigkeit ergeben, ausreichend zu versichern. Das Land haftet nicht an seiner Stelle.

(2) Bei seiner Vertretung haftet der Öffentlich bestellte Vermessungsingenieur neben dem Vertreter als Gesamtschuldner.

§ 10 Vertretung

(1) Der Öffentlich bestellte Vermessungsingenieur hat für seine Vertretung durch einen anderen Öffentlich bestellten Vermessungsingenieur zu sorgen, wenn er länger als drei Wochen an der Ausübung seines Berufs gehindert ist oder sich länger als drei Wochen von seinem Amtssitz entfernen will. Die Vertretung erfolgt am Amtssitz des zu Vertretenden; sie ist der Aufsichtsbehörde rechtzeitig anzuzeigen.

(2) Bis zur Dauer von drei Monaten überträgt der Öffentlich bestellte Vermessungsingenieur einvernehmlich die Vertretung einem anderen Öffentlich bestellten Vermessungsingenieur. Kann ein Einvernehmen nicht herbeigeführt werden, entscheidet die Aufsichtsbehörde. Überschreitet die Abwesenheit drei Monate, so ist die Bestellung einer Vertretung bei der Aufsichtsbehörde zu beantragen.

(3) Sorgt ein Öffentlich bestellter Vermessungsingenieur nicht selbst für seine Vertretung (Absatz 1) oder unterlässt er es, einen Antrag nach Absatz 2 Satz 3 zu stellen, so kann die Aufsichtsbehörde eine Vertretung von Amts wegen bestellen. Der Vertreter muss selbst Öffentlich bestellter Vermessungsingenieur sein oder die Bestellungsvoraussetzungen nach § 14 Abs. 3 Nr. 1 bis 5 erfüllen.

(4) Ein Öffentlich bestellter Vermessungsingenieur darf die Vertretung nur aus wichtigem Grund ablehnen. Über die Ablehnung entscheidet die Aufsichtsbehörde. Die Bestellung als Vertreter kann widerrufen werden.

(5) Für Arbeitsgemeinschaften kann die Aufsichtsbehörde eine gegenseitige Vertretung als ständige Vertretung zulassen.

Dritter Abschnitt Aufsicht, Verletzung der Amtspflichten, Ordnungswidrigkeiten

§ 11 Aufsicht

(1) Der Öffentlich bestellte Vermessungsingenieur untersteht der staatlichen Aufsicht. Aufsichtsbehörde ist das für das Kataster- und Vermessungswesen zuständige Ministerium. Widerspruchsbehörde für Verwaltungsakte ist das Landesamt für Vermessung und Geoinformation.

(2) Zur Durchführung der Aufsicht ist der Öffentlich bestellte Vermessungsingenieur verpflichtet, der Aufsichtsbehörde Auskünfte über seine Berufsausübung zu geben. Er hat den von der Aufsichtsbehörde beauftragten Bediensteten nach vorheriger Benachrichtigung während der Geschäftsstunden Zutritt zu seinen Geschäftsräumen sowie Einsicht in seine Akten und Bücher zu gewähren und die Überprüfung der technischen Arbeitsausführung, der Geschäftsräume, Einrichtungen und Geräte und des Einsatzes der Fach- und Hilfskräfte sowie der ordnungsgemäßen Abgabe von Vermessungsergebnissen zu ermöglichen.

(3) Der Öffentlich bestellte Vermessungsingenieur ist verpflichtet, Mängel in der Berufsausübung, die zu Beanstandungen der Aufsichtsbehörde geführt haben, unverzüglich zu beheben. Über die beabsichtigte Durchführung von Prüfungsvermessungen ist er rechtzeitig zu unterrichten; er kann an ihnen beobachtend teilnehmen.

(4) Kommt der Öffentlich bestellte Vermessungsingenieur einer Weisung der Aufsichtsbehörde, die seine Amtsausübung betrifft, nicht innerhalb einer Frist von sechs Wochen nach, kann die Aufsichtsbehörde auf seine Kosten die Maßnahme selbst durchführen oder durchführen lassen (Ersatzvornahme). In besonderen Fällen kann die Aufsichtsbehörde die Frist verkürzen oder verlängern. Besteht die Ersatzvornahme in der Durchführung einer beim Öffentlich bestellten Vermessungsingenieur beantragten Leistung nach § 2 Abs. 1 Nr. 1 bis 3, geht der Kostenanspruch auf das Land über.

(5) Der Öffentlich bestellte Vermessungsingenieur hat das Recht, die über ihn geführten Personalakten einzusehen. Für die Einsichtnahme gelten die Vorschriften für Landesbeamte entsprechend.

(6) Die Aufsichtsbehörde führt eine Liste der Öffentlich bestellten Vermessungsingenieure. Sie enthält Namen, Vornamen, Anschriften der Geschäftsstellen, Angaben zu den Amtsbezirken und Hinweise zu Arbeitsgemeinschaften. Die Liste wird im Thüringer Staatsanzeiger veröffent-

licht; das Gleiche gilt für Berichtigungen und Neufassungen.

§ 12 Verletzung der Amtspflichten

(1) Ein Öffentlich bestellter Vermessungsingenieur, der schuldhaft die ihm obliegenden Amtspflichten, insbesondere die im Zweiten Abschnitt dieses Gesetzes genannten Pflichten, verletzt, begeht ein Dienstvergehen.

(2) Als Disziplinarmaßnahmen sind der Verweis, die Geldbuße bis zu einer Höhe von Zwanzigtausend Euro und die Entlassung aus dem Amt zulässig. Die Disziplinarmaßnahmen werden durch Verfügung der Aufsichtsbehörde verhängt. Bei der Bemessung soll vorrangig berücksichtigt werden, in welchem Umfang der Öffentlich bestellte Vermessungsingenieur seine Pflichten verletzt und das Vertrauen der Allgemeinheit und der Beteiligten enttäuscht hat; seine gesamte bisherige Tätigkeit und persönlichen Umstände sind angemessen zu berücksichtigen.

(3) Nach Ablauf von fünf Jahren können Pflichtverletzungen, die keine oder keine vorläufige Amtsenthebung rechtfertigen, nicht mehr geahndet werden. Die Frist beginnt mit dem Tag, an dem die Pflichtverletzung begangen wurde.

§ 13 Ordnungswidrigkeiten

(1) Ordnungswidrig handelt, wer die Berufsbezeichnung "Öffentlich bestellter Vermessungsingenieur" ohne oder in Verbindung mit dem Zusatz nach § 17 Abs. 2 unbefugt führt.

(2) Die Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbuße von fünfhundert Euro bis zu zehntausend Euro geahndet werden.

(3) Sachlich zuständige Verwaltungsbehörde im Sinne des § 36 Abs. 1 Nr. 1 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten für die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten ist die Aufsichtsbehörde.

Vierter Abschnitt Bestellung, Bestellungsverfahren, Erlöschen des Amtes

§ 14 Voraussetzungen für die Bestellung

(1) Die Aufsichtsbehörde bestellt einen Bewerber zum Öffentlich bestellten Vermessungsingenieur, wenn dies den Erfordernissen eines geordneten Vermessungswesens entspricht. Dabei ist insbesondere das Bedürfnis nach einer angemessenen Versorgung mit Leistungen der Katastervermessung nach § 2 Abs. 3 ThürKatG zu berücksichtigen.

(2) Die Bewerber sind grundsätzlich durch Stellenausschreibung zu ermitteln. Die Reihenfolge bei der Auswahl unter mehreren geeigneten Bewerbern richtet sich nach der persönlichen und fachlichen Eignung unter Berücksichtigung der die vermessungstechnische Ausbildung abschließen-

den Staatsprüfung und der bei der Vorbereitung auf den Beruf nach Absatz 3 Nr. 3 gezeigten Leistungen.

(3) Als Öffentlich bestellter Vermessungsingenieur darf nur bestellt werden, wer

1. das Abschlusszeugnis einer Hochschule, Fachhochschule oder gleichgestellten Einrichtung in der Fachrichtung Vermessungswesen besitzt,
2. die Befähigung
 - a) zum höheren vermessungstechnischen Verwaltungsdienst oder
 - b) zum gehobenen vermessungstechnischen Verwaltungsdienst
 erworben hat,
3. nach dem Erwerb der Befähigung
 - a) im Fall der Nummer 2 Buchst. a mindestens ein Jahr oder
 - b) im Fall der Nummer 2 Buchst. b mindestens fünf Jahre
 bei einer Vermessungsstelle nach § 8 ThürKatG überwiegend mit Katastervermessungen nach § 2 Abs. 3 ThürKatG beschäftigt gewesen ist, wobei die Beschäftigung mit Katastervermessungen zum Zeitpunkt der Antragstellung nicht länger als sechs Jahre zurückliegen darf und mindestens die Hälfte dieser Tätigkeit bei einem Öffentlich bestellten Vermessungsingenieur abgeleistet worden sein soll,
4. den Beruf selbstständig, unabhängig und ohne Beeinträchtigung durch andere Aufgaben ausüben kann,
5. die erforderliche Eignung und Zuverlässigkeit besitzt und
6. die erforderliche körperliche und geistige Leistungsfähigkeit nachweist.

(4) Nicht bestellt werden darf, wer

1. das 60. Lebensjahr vollendet hat,
2. in einem rechtlichen oder wirtschaftlichen Abhängigkeitsverhältnis zu einem gewerblichen Unternehmen oder einem freiberuflich tätigen Ingenieur steht,
3. in einem anderen Land bereits als Öffentlich bestellter Vermessungsingenieur zugelassen oder bestellt ist,
4. ein besoldetes Amt inne hat oder
5. sich weigert, den vorgeschriebenen Eid (§ 15 Abs. 4) oder ein an dessen Stelle zugelassenes Gelöbnis (§ 15 Abs. 5) abzulegen.

(5) Die nach Absatz 3 Nr. 5 erforderliche Eignung und Zuverlässigkeit ist insbesondere dann nicht gegeben, wenn der Bewerber

1. nach einer Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts ein Grundrecht verwirkt hat oder wenn er nicht jederzeit für die freiheitliche demokratische Grundordnung eintritt,
2. hauptamtlicher oder inoffizieller Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit/Amtes für nationale Sicherheit, hauptamtlicher Mitarbeiter der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) oder der Politabteilungen der bewaffneten Organe, hauptamtlicher Parteisekretär der Dienststellen der bewaffneten Organe, Stellvertreter für politische Arbeit der Dienststellen der bewaffneten Organe oder Mitglied des Nationalen Verteidigungsrates der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik, der Bezirkseinsatzleitungen der SED

oder der Kreiseinsatzleitungen der SED war; die Nichtgegebenheit der erforderlichen Eignung und Zuverlässigkeit ist im Einzelfall widerlegbar,

3. die Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Ämter nicht besitzt oder im ordentlichen Strafverfahren zu einer Strafe verurteilt worden ist, aufgrund der ein Beamter seine Beamtenrechte verliert,
4. als Beamter im Wege des Disziplinarverfahrens aus dem Dienst entfernt worden ist oder als Angestellter durch Kündigung aus wichtigem Grund, der bei einem Beamten zur Entfernung aus dem Dienst führen würde, aus dem Arbeitsverhältnis ausgeschieden ist,
5. in Vermögensverfall geraten oder infolge gerichtlicher Anordnung in der Verfügung über sein Vermögen beschränkt ist; ein Vermögensverfall wird vermutet, wenn der Bewerber in das vom Insolvenzgericht oder Vollstreckungsgericht zu führende Verzeichnis (§ 26 Abs. 2 der Insolvenzordnung, § 915 der Zivilprozessordnung) eingetragen ist,
6. es an der erforderlichen Sorgfalt und Gewissenhaftigkeit fehlen lässt oder seine Leistungen erheblich zu beanstanden sind und sich dies aus Tatsachen ergibt oder
7. infolge eines körperlichen Gebrechens, wegen Schwäche seiner geistigen Kräfte oder wegen einer Sucht nicht nur vorübergehend unfähig ist, seinen Beruf ordnungsgemäß auszuüben.

§ 15

Bestellungsverfahren

(1) Ist ein Bedarf nach § 14 Abs. 1 gegeben, so ist vor der Bestellung der Anhörsausschuss (§ 16) zu hören.

(2) Die Aufsichtsbehörde legt den Amtsbezirk und den Amtssitz, von dem der Öffentlich bestellte Vermessungsingenieur aus tätig werden wird, fest. Dabei ist insbesondere auf die gleichmäßige und flächendeckende Verteilung der Öffentlich bestellten Vermessungsingenieure im Landesgebiet zu achten.

(3) Über die Bestellung wird eine Urkunde erteilt. Eine Bestellung in elektronischer Form ist ausgeschlossen. Die Bestellung wird mit der Aushändigung der Urkunde wirksam, wenn nicht in der Urkunde ausdrücklich ein späterer Zeitpunkt bestimmt ist. Sie berechtigt zur Führung der Berufsbezeichnung "Öffentlich bestellter Vermessungsingenieur". Daneben dürfen Bezeichnungen, die auf eine frühere Beamten Tätigkeit hinweisen, nicht geführt werden.

(4) Der Bewerber hat vor der Aushändigung der Bestellungsurkunde folgenden Eid zu leisten: "Ich schwöre, die verfassungsmäßige Ordnung zu wahren und die Pflichten eines Öffentlich bestellten Vermessungsingenieurs gewissenhaft und unparteiisch zu erfüllen. So wahr mir Gott helfe." Der Eid kann auch ohne die Worte "So wahr mir Gott helfe" geleistet werden.

(5) Lehnt ein Bewerber aus Gewissensgründen die Ablegung eines Eides ab, so kann er statt der Worte "Ich schwöre" die Worte "Ich gelobe" oder die nach dem Bekenntnis seiner Religions- oder Weltanschauungsgemeinschaft an

die Stelle des Eides tretende Beteuerungsformel gebrauchen.

(6) Die Bestellung kann aus besonderem Grund befristet werden. Sie ist regelmäßig bis zu dem Zeitpunkt, an dem der Bewerber sein 68. Lebensjahr vollendet hat, zu befristen. Auf Antrag kann die Aufsichtsbehörde in besonderen Fällen eine Verlängerung zulassen.

§ 16

Anhörsausschuss

(1) Der Anhörsausschuss wird von der Aufsichtsbehörde berufen. Er besteht aus einem Beamten des höheren vermessungstechnischen Verwaltungsdienstes der Aufsichtsbehörde als Vorsitzendem und zwei weiteren Mitgliedern, und zwar

1. einem Beamten des höheren vermessungstechnischen Verwaltungsdienstes, der bei einer Katasterbehörde tätig sein soll, und
2. einem Öffentlich bestellten Vermessungsingenieur.

(2) Der Anhörsausschuss prüft die Eignung des Bewerbers für das Amt des Öffentlich bestellten Vermessungsingenieurs und gibt innerhalb von sechs Wochen nach Eingang der Bewerbungsunterlagen gegenüber der Aufsichtsbehörde eine Stellungnahme ab. Er ist berechtigt, alle für die Beurteilung des Bewerbers wesentlichen Unterlagen einzusehen und soll den Bewerber anhören.

§ 17

Erlöschen des Amtes

(1) Die Bestellung als Öffentlich bestellter Vermessungsingenieur erlischt

1. durch eigenen Antrag (§ 18),
2. mit Entlassung aus dem Amt (§ 19),
3. durch rechtskräftige gerichtliche Entscheidung, dass der Öffentlich bestellte Vermessungsingenieur die Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Ämter verloren hat,
4. mit der Bestellung als Öffentlich bestellter Vermessungsingenieur in einem anderen Bundesland,
5. durch Fristablauf oder
6. mit dem Tod.

(2) Mit dem Erlöschen der Bestellung nach Absatz 1 erlischt die Befugnis, die Bezeichnung "Öffentlich bestellter Vermessungsingenieur" zu führen. Die Aufsichtsbehörde kann einem Öffentlich bestellten Vermessungsingenieur, der um Entlassung aus dem Amt ersucht oder dessen Bestellung durch Fristablauf erlischt, auf Antrag die Erlaubnis erteilen, die Berufsbezeichnung mit dem Zusatz "in Ruhe" oder "i.R." zu führen.

§ 18

Erlöschen des Amtes auf eigenen Antrag

Der Öffentlich bestellte Vermessungsingenieur kann jederzeit seine Entlassung aus dem Amt beantragen. Der Antrag ist schriftlich an die Aufsichtsbehörde zu richten. Die Entlassung ist für den beantragten Zeitpunkt auszusprechen, sofern eine ordnungsgemäße Abwicklung der noch vorliegenden Anträge gewährleistet ist.

§ 19**Entlassung aus dem Amt**

(1) Der Öffentlich bestellte Vermessungsingenieur ist aus seinem Amt zu entlassen, wenn

1. seine Bestellung durch Zwang, arglistige Täuschung, Drohung oder Bestechung herbeigeführt worden ist,
2. eine der Voraussetzungen nach § 14 Abs. 3 zu Unrecht als gegeben angenommen wurde oder entfallen ist,
3. ein Grund vorliegt, nach dem der Bewerber nach § 14 Abs. 4 nicht hätte bestellt werden dürfen oder
4. er sich einer groben Verfehlung gegen seine Pflichten schuldig gemacht hat.

(2) Der Öffentlich bestellte Vermessungsingenieur kann aus seinem Amt entlassen werden, wenn

1. er in Vermögensverfall geraten oder infolge gerichtlicher Anordnung in der Verfügung über sein Vermögen beschränkt ist,
2. ein Verfahren über die Bestellung eines Betreuers anhängig ist,
3. ein Verfahren wegen einer Straftat unter Anordnung von Untersuchungshaft anhängig ist,
4. er sich wiederholter Pflichtverletzungen schuldig gemacht hat oder
5. er sein Amt länger als ein Jahr nicht ausgeübt hat.

Sofern absehbar ist, dass die Umstände, die nach Satz 1 zu einer Entlassung aus dem Amt führen können, vorübergehender Natur sind oder sein können, kann der Öffentlich bestellte Vermessungsingenieur vorläufig seines Dienstes enthoben werden.

(3) Der Öffentlich bestellte Vermessungsingenieur hat sich bei einer Amtsentlassung oder während einer vorläufigen Dienstenthebung jeder Amtshandlung zu enthalten.

§ 20**Amtsverwalter**

(1) Ist das Amt eines Öffentlich bestellten Vermessungsingenieurs erloschen, soll die Aufsichtsbehörde die Abwicklung der Geschäfte einem anderen Öffentlich bestellten Vermessungsingenieur oder in Ausnahmefällen einer anderen Person, die die Voraussetzungen für eine Bestellung nach § 14 Abs. 3 Nr. 1 bis 3 erfüllt, als Amtsverwalter übertragen. Wurde der Öffentlich bestellte Vermessungsingenieur vorläufig seines Dienstes enthoben und ist kein Vertreter nach § 10 bestellt, kann der Amtsverwalter zur Fortführung der Geschäfte bestimmt werden; in diesem Fall gelten die Absätze 4, 6 und 7 entsprechend.

(2) Der Auftrag zur Geschäftsabwicklung ist auf höchstens ein Jahr zu befristen. Er kann mit Auflagen verbunden und jederzeit widerrufen werden. In begründeten Ausnahmefällen kann die Frist verlängert werden.

(3) Ein Öffentlich bestellter Vermessungsingenieur darf den Auftrag zur Geschäftsabwicklung nur aus wichtigem Grund ablehnen. Über die Ablehnung entscheidet die Aufsichtsbehörde.

(4) Für den Amtsverwalter gilt dieses Gesetz entsprechend, auch wenn er nicht Öffentlich bestellter Vermessungsingenieur ist.

(5) Der Amtsverwalter hat die Anträge zu erledigen, die dem Öffentlich bestellten Vermessungsingenieur erteilt wurden. Er darf keine neuen Anträge annehmen.

(6) Der Amtsverwalter hat seiner Unterschrift den Zusatz "Amtsverwalter" beizufügen und das Dienstsiegel des Öffentlich bestellten Vermessungsingenieurs, dessen Amt erloschen ist, zu gebrauchen.

(7) Dem Amtsverwalter stehen die Kostenforderungen zu, die nach der Übernahme der Amtsführung fällig werden. Er muss sich jedoch im Verhältnis zum Antragsteller die vor seiner Beauftragung gezahlten Vorschüsse anrechnen lassen. Soweit Kostenforderungen dem Öffentlich bestellten Vermessungsingenieur oder dessen Rechtsnachfolger zustehen, ist er berechtigt, diese geltend zu machen.

Fünfter Abschnitt**Besondere Bestimmungen****§ 21****Beteiligung der Berufsvertretungen**

Die von den Öffentlich bestellten Vermessungsingenieuren gebildeten Berufsvertretungen sind von der Aufsichtsbehörde bei der Vorbereitung allgemeiner Regelungen ihrer Rechtsverhältnisse und des Kostenwesens in geeigneter Weise zu beteiligen.

§ 22**Tätigwerden Öffentlich bestellter Vermessungsingenieure anderer Bundesländer**

Die Aufsichtsbehörde kann einem Öffentlich bestellten Vermessungsingenieur, der in einem anderen Land zugelassen oder bestellt ist, bei Arbeiten nach § 2 Abs. 1 Nr. 1 die Erledigung einzelner Aufträge gestatten, wenn die Vermessungen auf das Landesgebiet Thüringens übergreifen.

Sechster Abschnitt**Übergangs- und Schlussbestimmungen****§ 23****Rechtsvorschriften**

Das für das Kataster- und Vermessungswesen zuständige Ministerium wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung:

1. das Verfahren der Bestellung und Vereidigung, insbesondere Einzelheiten über die Feststellung des Bedarfs an Leistungen der Katastervermessung, die Reihenfolge bei der Auswahl unter mehreren geeigneten Bewerbern, die Aufgaben des Anhörungsausschusses, die abzuschließende Berufshaftpflichtversicherung,
2. die Berufsausübung, insbesondere Einzelheiten zur Geschäftsstelle, zur Amts-, Akten- und Siegelführung, zur Beurkundungsbefugnis, zur Ausführung von Vermessungsarbeiten, zur Einhaltung von nach Vermessungsarten bestimmten Regelbearbeitungsfristen, zum Ausschluss der Amtstätigkeit und der Enthaltung bei

Befähigung, zur Beschäftigung von Hilfs- und Fachkräften und ihrer Mitwirkung an den Aufgaben, zur Bildung von Arbeitsgemeinschaften, zur Vertretung, zur Prüfung der Berufsausübung, zur Geschäftsabwicklung bei Erlöschen der Bestellung, zu Übersichten über die Berufstätigkeit,

3. die Kosten für die Tätigkeit, insbesondere die kostenpflichtigen Tatbestände, die Höhe der Gebühren, den Umfang der zu erstattenden Auslagen, die Tatbestände, bei deren Vorliegen die Erhebung der Kosten wegen Unbilligkeit unterbleiben soll, und
 4. das Verfahren und Grundsätze zur Ahndung von Amtspflichtverletzungen
- der Öffentlich bestellten Vermessungsingenieure zu bestimmen.

§ 24

Übergangsbestimmungen

(1) Die nach bisherigem Recht zugelassenen Öffentlich bestellten Vermessungsingenieure gelten weiterhin als zugelassen. Sie führen die Bezeichnung "Öffentlich bestellter Vermessungsingenieur". Für sie gilt dieses Gesetz mit Ausnahme des § 2 Abs. 1 Nr. 2 sowie der Bestimmungen zu den Amtsbezirken und zur Führung des Wappens des Freistaats Thüringen entsprechend. Der Öffentlich bestellte Vermessungsingenieur behält den bisherigen Sitz seiner Geschäftsstelle. Eine Verlegung bedarf der Zustimmung der Aufsichtsbehörde.

(2) Bisher zugelassenen Öffentlich bestellten Vermessungsingenieuren kann bis zum 31. Dezember 2005 auf Antrag eine Bestellungsurkunde nach den Maßgaben dieses Gesetzes mit der Zuweisung eines Amtsbezirks erteilt werden. In der auszustellenden Urkunde kann eine Zusage über die Bestellung eines Nachfolgers im Falle des Erlöschens der Bestellung nach § 17 Abs. 1 Nr. 1, 4 und 5 erfolgen. Der Nachfolger hat die Voraussetzungen nach § 14 Abs. 3 zu erfüllen; die in § 14 Abs. 4 genannten Versagungsgründe dürfen nicht vorliegen.

(3) Für Amtshandlungen, die vor dem In-Kraft-Treten dieses Gesetzes bei den Katasterämtern oder den Öffentlich bestellten Vermessungsingenieuren beantragt wurden, finden die bisher geltenden Vorschriften weiter Anwendung.

§ 25

Gleichstellungsbestimmung

Status- und Funktionsbezeichnungen in diesem Gesetz gelten jeweils in männlicher und weiblicher Form.

Artikel 2

Änderung des Thüringer Katastergesetzes

Das Thüringer Katastergesetz vom 7. August 1991 (GVBl. S. 285) wird wie folgt geändert:

1. § 4 Abs. 1 erhält folgende Fassung:

"(1) Der Leiter der das Liegenschaftskataster führenden Behörde, die von ihm beauftragten Beamten dieser Behörde und die Öffentlich bestellten Vermessungsingenieure sind befugt, bei Anträgen auf Vereinigung

(§ 890 des Bürgerlichen Gesetzbuchs) oder Teilung von Grundstücken die Unterschrift des Eigentümers öffentlich zu beglaubigen."

2. § 7 wird wie folgt geändert:

- a) Absatz 2 erhält folgende Fassung:

"(2) Oberste Katasterbehörde ist das für das Kataster- und Vermessungswesen zuständige Ministerium. Das Landesamt für Vermessung und Geoinformation ist obere Katasterbehörde und Widerspruchsbehörde im Sinne des § 73 Abs. 1 Satz 2 Nr. 2 der Verwaltungsgerichtsordnung."

- b) Folgender Absatz 3 wird angefügt:

"(3) Das Landesamt für Vermessung und Geoinformation hat seinen Hauptsitz in Erfurt."

3. § 8 wird wie folgt geändert:

- a) Absatz 1 erhält folgende Fassung:

"(1) Die Führung des Liegenschaftskatasters sowie der Vollzug der Katastervermessungen sind nach Maßgabe der Absätze 3 und 4 Aufgabe der oberen Katasterbehörde."

- b) Absatz 2 Nr. 2 erhält folgende Fassung:

"2. die in Thüringen zugelassenen Öffentlich bestellten Vermessungsingenieure;"

- c) Nach Absatz 2 werden folgende neue Absätze 3 und 4 eingefügt:

"(3) Anträge zur Durchführung von Katastervermessungen von privatrechtlichen Antragstellern, kommunalen Körperschaften und Trägern der Bundesverwaltung sind ausschließlich von Öffentlich bestellten Vermessungsingenieuren zu bearbeiten. Gleiches gilt für Anträge der unter der Aufsicht des Landes stehenden Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts.

(4) Katastervermessungen für Träger der unmittelbaren Landesverwaltung sollen von der oberen Katasterbehörde vorgenommen werden, hiervon ausgenommen sind die Anträge der Flurbereinigungs- und Flurneuordnungsbehörden. Die oberste Katasterbehörde kann weitere Ausnahmen zulassen."

- d) Der bisherige Absatz 3 wird Absatz 5.

4. § 9 erhält folgende Fassung:

"§ 9

Einsicht, Auskunft und Auszüge

(1) Jeder, der ein berechtigtes Interesse darlegt, kann das Liegenschaftskataster und seine Unterlagen einsehen sowie Auskunft und Auszüge daraus erhalten.

Einer Darlegung des berechtigten Interesses bedarf es nicht, wenn sich die Einsichtnahme, die Auskunft und die Auszüge auf nicht personenbezogene Daten beschränken. Die Katasterbehörden können dieses Recht aus Gründen des öffentlichen Wohls einschränken. Darüber hinaus kann die oberste Katasterbehörde festlegen, in welchen Fällen Angaben aus dem Zahlenwerk nicht erteilt werden können.

(2) Öffentliche Stellen, sonstige zur Durchführung von Katastervermessungen berechnigte Stellen oder Notare können Einsicht in das Liegenschaftskataster und seine Unterlagen nehmen oder Auskunft oder Auszüge daraus erhalten, soweit es für die Erfüllung ihrer Aufgaben erforderlich ist."

5. § 10 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 1 Satz 1 Nr. 2 erhält folgende Fassung:

"2. Personen und andere Stellen außerhalb des öffentlichen Bereichs, wenn überwiegend schutzwürdige Interessen der Betroffenen nicht beeinträchtigt werden und, soweit es sich um die Übermittlung von Daten mit Personenbezug handelt, ein berechtigtes Interesse dargelegt wird."

b) Absatz 3 Satz 3 erhält folgende Fassung:

"Auszüge aus dem Liegenschaftskataster und seinen Unterlagen dürfen nur von der oberen Katasterbehörde sowie den am automatisierten Abrufverfahren nach Absatz 4 teilnehmenden Öffentlich bestellten Vermessungsingenieuren, Gemeinden und Landkreisen hergestellt, erteilt und vervielfältigt werden."

c) Die Absätze 4 und 5 erhalten folgende Fassung:

"(4) Für die Übermittlung der Daten aus dem Liegenschaftskataster nach den Absätzen 1 und 2 und für die Erteilung von Auskünften und Auszügen durch Öffentlich bestellte Vermessungsingenieure, Gemeinden und Landkreise kann ein automatisiertes Abrufverfahren unter den Voraussetzungen des § 7 des Thüringer Datenschutzgesetzes in der Fassung vom 10. Oktober 2001 (GVBl. S. 276) in der jeweils geltenden Fassung eingerichtet werden.

(5) Auszüge aus dem Liegenschaftskataster dürfen nur mit Genehmigung der Katasterbehörden vervielfältigt, umgearbeitet, veröffentlicht oder an Dritte weitergegeben werden."

6. § 11 wird wie folgt geändert:

a) In Absatz 1 wird das Wort "Katasterbehörde" durch die Worte "oberen Katasterbehörde" ersetzt.

b) Absatz 2 wird wie folgt geändert:

aa) In Satz 1 werden die Worte "den Katasterbehörden" durch die Worte "der oberen Katasterbehörde" ersetzt.

bb) In Satz 2 wird das Wort "unteren" durch das Wort "oberen" ersetzt.

c) In Absatz 3 wird das Wort "unteren" durch das Wort "oberen" ersetzt.

d) In Absatz 4 Satz 1 wird das Wort "unteren" durch das Wort "oberen" ersetzt.

7. In § 12 Satz 3 wird das Wort "Katasterbehörde" durch die Worte "obere Katasterbehörde" ersetzt.

8. § 14 wird wie folgt geändert:

a) In Absatz 3 Satz 2 werden die Worte "beim Katasteramt" durch die Worte "bei der oberen Katasterbehörde" ersetzt.

b) In Absatz 4 Satz 3 wird die Verweisung "§§ 202 bis 224 des Bürgerlichen Gesetzbuchs" durch die Verweisung "§§ 194 bis 213 des Bürgerlichen Gesetzbuchs" ersetzt.

9. Die Inhaltsübersicht ist den vorstehenden Änderungen anzupassen.

Artikel 3

Änderung des Thüringer Verwaltungskostengesetzes

Das Thüringer Verwaltungskostengesetz vom 7. August 1991 (GVBl. S. 285 -321-), zuletzt geändert durch Artikel 3 § 3 des Gesetzes vom 3. Dezember 2002 (GVBl. S. 424), wird wie folgt geändert:

1. In § 2 Abs. 2 werden die Worte "und der" durch ein Komma ersetzt und nach dem Wort "Landesvermessungsbehörden" die Worte "und der Gutachterausschüsse für Grundstückswerte" eingefügt.

2. In § 3 Abs. 3 werden die Worte "und der" durch ein Komma ersetzt und nach dem Wort "Landesvermessungsbehörden" die Worte "und der Gutachterausschüsse für Grundstückswerte" eingefügt.

Artikel 4

Änderung des Thüringer Abmarkungsgesetzes

Das Thüringer Abmarkungsgesetz vom 7. August 1991 (GVBl. S. 285 -289-), geändert durch Artikel 9 des Gesetzes vom 25. November 2004 (GVBl. S. 853), wird wie folgt geändert:

1. § 3 Abs. 2 erhält folgende Fassung:

"(2) Die neben der oberen Katasterbehörde zum Vollzug der Abmarkung Befugten sind verpflichtet, der oberen Katasterbehörde die für den Nachweis des Ergebnisses der Abmarkung im Liegenschaftskataster notwendigen Unterlagen (§ 16) in angemessener Frist zu übergeben."

2. § 11 wird wie folgt geändert:

- a) In Absatz 2 Satz 2 werden die Worte "des Katasteramts" durch die Worte "der oberen Katasterbehörde" ersetzt.
- b) In Absatz 3 Satz 1 wird das Wort "Innenministerium" durch die Worte "für das Kataster- und Vermessungswesen zuständige Ministerium" ersetzt.

3. In § 17 Abs. 3 wird das Wort "Innenministerium" durch die Worte "für das Kataster- und Vermessungswesen zuständige Ministerium" ersetzt.

4. In § 24 wird das Wort "Innenministerium" durch die Worte "für das Kataster- und Vermessungswesen zuständige Ministerium" ersetzt.

5. § 25 wird wie folgt geändert:

- a) Die Überschrift erhält folgende Fassung:

"In-Kraft-Treten, Außer-Kraft-Treten"

- b) In Satz 1 werden nach dem Wort "Kraft" die Worte "und mit Ablauf des 31. Dezember 2009 außer Kraft" eingefügt.

6. Die Inhaltsübersicht ist den vorstehenden Änderungen anzupassen.

Artikel 5 Änderung des Thüringer Landesvermessungsgesetzes

Das Thüringer Landesvermessungsgesetz vom 30. Januar 1997 (GVBl. S. 69), geändert durch Artikel 15 des Gesetzes vom 24. Oktober 2001 (GVBl. S. 265), wird wie folgt geändert:

1. § 2 Abs. 2 erhält folgende Fassung:

"(2) Oberste Landesvermessungsbehörde ist das für das Kataster- und Vermessungswesen zuständige Ministerium. Obere Landesvermessungsbehörde ist das Landesamt für Vermessung und Geoinformation."

2. In § 3 Abs. 1 Satz 1 werden die Worte "den Landesvermessungsbehörden" durch die Worte "der oberen Landesvermessungsbehörde" ersetzt.

3. § 5 Abs. 3 wird wie folgt geändert:

- a) In Satz 1 werden die Worte "den Landesvermessungsbehörden" durch die Worte "der oberen Landesvermessungsbehörde" ersetzt.
- b) In Satz 3 werden die Worte "einer Landesvermessungsbehörde" durch die Worte "der oberen Landesvermessungsbehörde" ersetzt.

4. § 6 erhält folgende Fassung:

"§ 6

Nutzung und Verwendungsvorbehalt

(1) Jeder kann die Ergebnisse der Landesvermessung einsehen und daraus Auskünfte und Auszüge erhalten, soweit öffentliche Belange dem nicht entgegenstehen.

(2) Die Ergebnisse der Landesvermessung dürfen nur mit Genehmigung der Landesvermessungsbehörden vervielfältigt, umgearbeitet, veröffentlicht oder an Dritte weitergegeben werden."

5. In § 10 Abs. 1 werden nach dem Wort "Kraft" die Worte "und mit Ablauf des 31. Dezember 2009 außer Kraft" eingefügt.

Artikel 6 Änderung des Thüringer Gesetzes über Unschädlichkeitszeugnisse

Das Thüringer Gesetz über Unschädlichkeitszeugnisse vom 3. Januar 1994 (GVBl. S. 10) wird wie folgt geändert:

1. § 7 erhält folgende Fassung:

"§ 7

Für die Erteilung des Unschädlichkeitszeugnisses ist die obere Katasterbehörde zuständig. Im Rahmen eines Flurbereinigungs- oder Siedlungsverfahrens erteilt die für dieses Verfahren zuständige Flurbereinigungsbehörde das Zeugnis."

2. In § 8 Abs. 4 wird die Angabe "7. August 1991 (GVBl. S. 285 -314-)" durch die Angabe "in der Fassung vom 27. September 1994 (GVBl. S. 1053) in der jeweils geltenden Fassung" ersetzt.

Artikel 7 Änderung des Thüringer Besoldungsgesetzes

In Anlage 1 des Thüringer Besoldungsgesetzes in der Fassung vom 22. August 1995 (GVBl. S. 249), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 15. April 2004 (GVBl. S. 457) geändert worden ist, wird in der Thüringer Besoldungsordnung B Besoldungsgruppe B 2 das Wort "Landesvermessungsamtes" durch die Worte "Landesamtes für Vermessung und Geoinformation" ersetzt.

Artikel 8 Überprüfungsklausel

Die Landesregierung legt zum Ende des Jahres 2006 dem Landtag einen Bericht zu Erfahrungen mit der Anwendung des Gesetzes vor. Dabei berichtet sie insbesondere über die Erfahrungen mit der funktionalen, organisatorischen und örtlichen Gliederung der Verwaltung, über die Verbesserung in der kostengünstigen Bereitstellung der verschiedenen Geodaten und die Entwicklung der beruflichen Stel-

lung der Öffentlich bestellten Vermessungsingenieure. Sie nimmt dabei auch zur Notwendigkeit der Gesetzesänderung mit dem Ziel der Zusammenführung aller das Kataster- und Vermessungswesen betreffenden Gesetze in einem Gesetz Stellung.

Artikel 9 **In-Kraft-Treten, Außer-Kraft-Treten**

Dieses Gesetz tritt am 1. April 2005 in Kraft. Gleichzeitig tritt die Thüringer Berufsordnung der Öffentlich bestellten Vermessungsingenieure vom 4. Oktober 1994 (GVBl. S. 1102), geändert durch Artikel 3 § 2 des Gesetzes vom 3. Dezember 2002 (GVBl. S. 424), außer Kraft.

Erfurt, den 22. März 2005
Die Präsidentin des Landtags
Prof. Dr.-Ing. habil. Schipanski

Erste Verordnung zur Änderung der Thüringer Infektionskrankheitenmeldeverordnung Vom 8. März 2005

Aufgrund des § 15 Abs. 3 Satz 1 in Verbindung mit § 15 Abs. 1 des Infektionsschutzgesetzes vom 20. Juli 2000 (BGBl. I S. 1045), zuletzt geändert durch Artikel 12 des Gesetzes vom 24. Dezember 2003 (BGBl. I S. 2954), verordnet die Landesregierung:

Artikel 1

Die Thüringer Infektionskrankheitenmeldeverordnung vom 15. Februar 2003 (GVBl. S. 107) wird wie folgt geändert:

1. § 1 wird wie folgt geändert:

a) Nummer 1 wird wie folgt geändert:

aa) In Buchstabe g) wird das Semikolon durch ein Komma ersetzt.

bb) Folgende Buchstaben h bis j werden angefügt:

"h) Borreliose,

i) Windpocken,

j) Keratoconjunctivitis epidemica;"

b) Nummer 2 wird wie folgt geändert:

aa) Buchstabe a wird aufgehoben.

bb) Der bisherige Buchstabe b wird Buchstabe a.

cc) Der bisherige Buchstabe c wird Buchstabe b und der Punkt durch ein Semikolon ersetzt.

c) Nach Nummer 2 wird folgende Nummer 3 angefügt:

"3. das gehäufte Auftreten gleichartiger Erkrankungen (ab fünf Erkrankungen innerhalb von 48 Stunden), bei denen eine gemeinsame Ursache vermutet wird, auch wenn der übertragbare Charakter der Erkrankung nicht offensichtlich ist."

2. § 2 wird wie folgt geändert:

a) Die Nummern 3 und 4 werden aufgehoben.

b) Die bisherigen Nummern 5 bis 8 werden die Nummern 3 bis 6.

c) Die Nummer 9 wird aufgehoben.

d) Die bisherigen Nummern 10 bis 12 werden die Nummern 7 bis 9.

3. In § 3 werden die Worte "zweiten auf die Verkündung folgenden Jahres" durch die Datumsangabe "28. Februar 2010" ersetzt.

Artikel 2

Diese Verordnung tritt mit Wirkung vom 28. Februar 2005 in Kraft.

Erfurt, den 8. März 2005

Die Landesregierung

Der Ministerpräsident

Dieter Althaus

Der Minister für Soziales,
Familie und Gesundheit

Klaus Zeh

**Thüringer Verordnung
über Zuständigkeiten für die Festsetzung, Berechnung und Anordnung der
Zahlung der Bezüge von Bediensteten und Versorgungsempfängern
(Thüringer Zuständigkeitsverordnung Bezüge -ThürZustVBezüge-)
Vom 8. März 2005**

Aufgrund des § 71 Abs. 2 des Bundesbesoldungsgesetzes in der Fassung vom 6. August 2002 (BGBl. I S. 3020), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 30. Juli 2004 (BGBl. I S. 2027),
des § 107 Abs. 2 des Beamtenversorgungsgesetzes (BeamtVG) in der Fassung vom 16. März 1999 (BGBl. I S. 322, 847, 2033), zuletzt geändert durch Artikel 6 des Gesetzes vom 10. September 2003 (BGBl. I S. 1798),
des § 19 Abs. 3 des Thüringer Besoldungsgesetzes (ThürBesG) in der Fassung vom 22. August 1995 (GVBl. S. 249), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 15. April 2004 (GVBl. S. 457) und
des § 7 Abs. 1 Satz 1 und Abs. 2 Satz 1 des Verkündungsgesetzes vom 30. Januar 1991 (GBl. S. 2) verordnet die Landesregierung:

§ 1

Geltungsbereich und Aufgaben

(1) Die Oberfinanzdirektion Erfurt -Zentrale Gehaltsstelle-, im Folgenden als Zentrale Gehaltsstelle bezeichnet, ist zuständig für die Festsetzung, Berechnung und Anordnung der Zahlung der Bezüge

1. der Mitglieder der Landesregierung, der in einem öffentlich-rechtlichen Amts- oder Dienstverhältnis zum Land stehenden Personen, der Beamten, der Richter und der Dienstangeführer,
2. der Arbeitnehmer, der Auszubildenden und sonstigen in einem privatrechtlichen Beschäftigungs-, Dienst- oder Ausbildungsverhältnis zum Land stehenden Personen sowie
3. der Versorgungsempfänger.

Satz 1 gilt nicht für die Vergütung nach § 49 des Bundesbesoldungsgesetzes.

(2) Die Zentrale Gehaltsstelle nimmt für das Land die Aufgaben des Arbeitgebers im Sinne der lohnsteuer-, sozialversicherungs- und zusatzversorgungsrechtlichen Vorschriften und des Vermögensbildungsgesetzes wahr.

(3) Die Zentrale Gehaltsstelle ist Familienkasse nach § 72 Abs. 1 Satz 2 des Einkommensteuergesetzes (EStG).

(4) Abweichend von den Absätzen 1 bis 3 ist die Zentrale Gehaltsstelle nicht zuständig für Waldarbeiter. Für die Beschäftigten im Sinne des Absatzes 1 Satz 1 Nr. 2 sowie die in einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis im Sinne des Absatzes 1 Satz 1 Nr. 1 stehenden Personen des Klinikums der Friedrich-Schiller-Universität Jena ist die Zentrale Gehaltsstelle nur für die Festsetzung des Kindergeldes nach § 72 Abs. 1 EStG zuständig.

(5) Die Festsetzung, Berechnung und Anordnung der Zahlung der Bezüge erfolgt auf der Grundlage von Entscheidungen und Mitteilungen der personalverwaltenden Dienststellen sowie von Mitteilungen der Bediensteten in Form von zahlungsbegründenden Unterlagen. Den personalverwaltenden Dienststellen obliegt

die Verantwortung für die sachliche Richtigkeit der von ihnen getroffenen Entscheidungen.

§ 2

Festsetzung der Bezüge

Zur Festsetzung der Bezüge für den in § 1 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 und 2 genannten Personenkreis gehört insbesondere die Festsetzung

1. des Besoldungsdienstalters für Beamte, der Lebensaltersstufe für Richter, des Jubiläumsdienstalters für Beamte und Richter,
2. der Lebensaltersstufe für Angestellte einschließlich der Beschäftigungszeiten nach den §§ 19 und 39 des Bundesangestelltentarifvertrages für das Beitrittsgebiet (BAT-O)/ des Bundesangestelltentarifvertrages (BAT),
3. der Lohnstufen für Arbeiter einschließlich der Beschäftigungszeiten nach den §§ 6 und 45 des Manteltarifvertrags für Arbeiterinnen und Arbeiter des Bundes und der Länder in den neuen Bundesländern (MTArb-O)/ des Manteltarifvertrags für Arbeiterinnen und Arbeiter des Bundes und der Länder (MTArb),
4. des Besoldungs- und des Jubiläumsdienstalters für Angestellte sowie für die in einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis zum Land stehenden Personen, auf die das Besoldungsrecht entsprechend anzuwenden ist.

§ 3

Versorgung

(1) Die Zuständigkeit der Zentralen Gehaltsstelle im Bereich der Versorgung umfasst

1. a) die Festsetzung der Versorgung nach § 2 BeamtVG,
b) die Bestimmung der Person des Zahlungsempfängers,
c) die Entscheidung über die Bewilligung von Versorgungsbezügen aufgrund von Kannvorschriften sowie
d) die Entscheidung über die Berücksichtigung von Zeiten als ruhegehaltfähige Dienstzeit mit Ausnahme der Entscheidungen nach § 6 Abs. 2 Satz 2 und § 67 Abs. 3 BeamtVG,
2. die Berechnung und Anforderung von Versorgungszuschlägen auf der Grundlage entsprechender Mitteilungen der personalverwaltenden Dienststelle,
3. die Anerkennung von Dienstunfällen nach § 45 Abs. 3 Satz 2 BeamtVG,
4. die Berechnung und Anforderung der Versorgungsanteile nach den §§ 107b, 107c BeamtVG sowie deren Erstattung,
5. die Mitwirkung bei der Durchführung des Versorgungsausgleichs (§§ 1587 bis 1587p des Bürgerlichen Gesetzbuchs -BGB-).

(2) Die Zentrale Gehaltsstelle ist darüber hinaus zuständige Stelle im Sinne des § 5 Abs. 3 Satz 2, § 29 Abs. 1, § 35 Abs. 3 Satz 2, § 38 Abs. 6 Satz 2, § 44 Abs. 2 Satz 1, § 49 Abs. 6, § 62 Abs. 3 Satz 3 und § 68 Satz 2 BeamtVG sowie Pensionsbehörde des Landes.

§ 4 Sonstige Aufgaben

Die Zentrale Gehaltsstelle ist des Weiteren zuständig für

1. die Veranlassung der Zahlung der von den Dienststellen gewährten Aufwandsentschädigungen und Jubiläumszuwendungen,
2. die Anforderung verauslagter Bezüge für Beschäftigte, die an andere Dienstherrn abgeordnet sind,
3. die Geltendmachung von Schadensersatzansprüchen, die nach § 94 ThürBG, § 38 BAT-O/BAT sowie § 43 MTArb-O/MTArb auf das Land übergegangen sind,
4. die Entscheidung nach § 40 Abs. 6 des Bundesbesoldungsgesetzes und nach § 29 B. Abs. 7 BAT-O/BAT für die Beschäftigten des Landes sowie
5. die Drittschuldnervertretung des Landes bei der Pfändung und Verpfändung von Bezügen und Kindergeld; sie ist auszahlende Kasse nach § 411 BGB bei der Abtretung von Bezügen.

§ 5 Rückforderung

(1) Die Zentrale Gehaltsstelle ist zuständig für die Rückforderung überzahlter Bezüge.

(2) Die Zentrale Gehaltsstelle entscheidet, ob nach § 12 Abs. 2 Satz 3 des Bundesbesoldungsgesetzes, § 52 Abs. 2 Satz 3 BeamVG, § 36 Abs. 6 Satz 1 BAT-O/BAT sowie nach § 31 Abs. 6 Satz 1 MTArb-O/MTArb von der Rückforderung aus Billigkeitsgründen ganz oder teilweise abzusehen ist; bei Beträgen über 3 000 Euro mit Zustimmung der jeweiligen obersten Dienstbehörde oder der von dieser bestimmten Behörde.

(3) Der Zentralen Gehaltsstelle wird die Befugnis übertragen, Rückzahlungsansprüche nach § 59 Abs. 1 Satz 1 der Thüringer Landeshaushaltsordnung (ThürLHO)

1. bis zu einem Betrag von 20 000 Euro auf längstens 18 Monate oder bis zu einem Betrag von 10 000 Euro auf längstens drei Jahre zu stunden,
2. bis zu einem Betrag von 20 000 Euro befristet oder bis zu einem Betrag von 10 000 Euro unbefristet niederzuschlagen,
3. bis zu einem Betrag von 3 000 Euro zu erlassen.

§ 6 Widerspruch

Die Zentrale Gehaltsstelle entscheidet über Widersprüche gegen die von ihr erlassenen Bescheide.

§ 7 Verfahren

Das Verfahren regelt das für Finanzen zuständige Ministerium, soweit nach § 79 Abs. 3 Nr. 2 ThürLHO erforderlich, im Einvernehmen mit dem Thüringer Rechnungshof, soweit von dem Verfahren die Geschäftsbereiche der übrigen Ministerien berührt werden, im Einvernehmen mit diesen.

§ 8 Übergangsbestimmungen

(1) Wird ein Antrag auf Anerkennung eines Dienstunfalls nach dem In-Kraft-Treten dieser Verordnung gestellt, ist die Zentrale Gehaltsstelle auch dann nach § 3 Abs. 1 Nr. 3 zuständig, wenn sich der Unfall vor diesem Zeitpunkt ereignet hat.

(2) In den Fällen der §§ 2 und 4 Nr. 3 bleibt die bis zum In-Kraft-Treten dieser Verordnung zuständige Dienststelle für bereits anhängige Widerspruchs- und Klageverfahren bis zum bestands- oder rechtskräftigen Abschluss des Verfahrens zuständig.

§ 9 Gleichstellungsbestimmung

Status- und Funktionsbezeichnungen in dieser Verordnung gelten jeweils in männlicher und weiblicher Form.

§ 10 In-Kraft-Treten, Außer-Kraft-Treten

(1) Diese Verordnung tritt mit Wirkung vom 1. März 2005 in Kraft und mit Ablauf des 31. Dezember 2009 außer Kraft.

(2) Mit dem In-Kraft-Treten dieser Verordnung treten

1. die Thüringer Verordnung über die Zuständigkeiten für die Feststellung, Berechnung und Anordnung der Zahlung der Bezüge von Bediensteten und Versorgungsempfängern vom 31. Januar 1995 (GVBl. S. 74), geändert durch Verordnung vom 27. November 2001 (GVBl. S. 453) und
2. § 13 der Thüringer Verordnung und Anordnung über beamtenrechtliche Zuständigkeiten im Personalwesen der Polizei vom 9. Dezember 1997 (GVBl. S. 510) außer Kraft.

Erfurt, den 8. März 2005

Die Landesregierung

Der Ministerpräsident

Dieter Althaus

Die Finanzministerin

Birgit Diezel

**Anordnung
über die Auflösung der Katasterämter und des Landesvermessungsamtes
sowie über die Errichtung des Landesamtes für Vermessung und Geoinformation und
Thüringer Verordnung
zur Anpassung von Rechtsverordnungen an die Neuorganisation des Kataster- und Vermessungswesens
Vom 22. März 2005**

Die Landesregierung ordnet aufgrund des Artikels 90 Satz 3 der Verfassung des Freistaats Thüringen vom 25. Oktober 1993 (GVBl. S. 625), zuletzt geändert durch Gesetz vom 11. Oktober 2004 (GVBl. S. 745), an und verordnet aufgrund des § 199 Abs. 2 des Baugesetzbuchs in der Fassung vom 23. September 2004 (BGBl. I S. 2414), des § 84 Abs. 1 Halbsatz 3 des Berufsbildungsgesetzes vom 14. August 1969 (BGBl. I S. 1112), zuletzt geändert durch Artikel 40 des Gesetzes vom 24. Dezember 2003 (BGBl. I S. 2954), des § 7 Abs. 2 Satz 1 des Verkündungsgesetzes vom 30. Januar 1991 (GVBl. S. 2) und

aufgrund des § 17 Abs. 2 Satz 1 des Thüringer Beamtengesetzes (ThürBG) in der Fassung vom 8. September 1999 (GVBl. S. 525), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 25. November 2004 (GVBl. S. 853), verordnen hinsichtlich des Artikels 3 das Innenministerium, das Finanzministerium, das Ministerium für Landwirtschaft, Naturschutz und Umwelt und das Ministerium für Bau und Verkehr, hinsichtlich der Artikel 4 und 5 verordnen das Ministerium für Bau und Verkehr und das Ministerium für Landwirtschaft, Naturschutz und Umwelt im Einvernehmen mit dem Innenministerium sowie aufgrund des § 9 Nr. 1 und 2 des Thüringer Landesvermessungsgesetzes vom 30. Januar 1997 (GVBl. S. 69), zuletzt geändert durch Artikel 5 des Gesetzes vom 22. März 2005 (GVBl. S. 115), verordnet das Ministerium für Bau und Verkehr:

**Artikel 1
Anordnung**

**über die Auflösung der Katasterämter und des
Landesvermessungsamtes sowie über die Errichtung des
Landesamtes für Vermessung und Geoinformation**

§ 1

**Auflösung der Katasterämter und
des Landesvermessungsamtes**

(1) Die Katasterämter

1. Apolda mit Sitz in Apolda und einem Stützpunkt in Sömmerda,
 2. Artern mit Sitz in Artern und einem Stützpunkt in Nordhausen,
 3. Gotha mit Sitz in Gotha und einem Stützpunkt in Bad Salzungen,
 4. Mühlhausen mit Sitz in Mühlhausen und einem Stützpunkt in Heiligenstadt,
 5. Pößneck mit Sitz in Pößneck und einem Stützpunkt in Eisenberg,
 6. Saalfeld mit Sitz in Saalfeld und einem Stützpunkt in Arnstadt und in Sonneberg,
 7. Schmalkalden mit Sitz in Schmalkalden und einem Stützpunkt in Hildburghausen sowie
 8. Zeulenroda mit Sitz in Zeulenroda und einem Stützpunkt in Schmölnn
- werden aufgelöst.

(2) Das Landesvermessungsamt mit Sitz in Erfurt wird aufgelöst.

§ 2

**Errichtung des Landesamtes für Vermessung
und Geoinformation**

Das Landesamt für Vermessung und Geoinformation als obere Kataster- und Landesvermessungsbehörde wird mit Hauptsitz in Erfurt und den Katasterbereichen mit Sitzen in Apolda, Artern, Gotha, Leinefelde-Worbis, Pößneck, Saalfeld, Schmalkalden und Zeulenroda errichtet.

Artikel 2

Änderung der Thüringer Gutachterausschussverordnung

Die Thüringer Gutachterausschussverordnung vom 24. Juni 2003 (GVBl. S. 373), zuletzt geändert durch Artikel 10 des Gesetzes vom 25. November 2004 (GVBl. S. 853), wird wie folgt geändert:

1. In § 2 Abs. 2 Satz 1 werden die Worte "des Katasteramts, das" durch die Worte "der oberen Katasterbehörde, die" ersetzt.
2. § 3 wird wie folgt geändert:
 - a) Absatz 1 wird wie folgt geändert:
 - aa) In Satz 1 werden die Worte "vom Landesvermessungsamt" durch die Worte "von der oberen Katasterbehörde" ersetzt.
 - bb) In Satz 3 wird das Wort "Ihre" durch das Wort "Die" ersetzt.
 - b) In Absatz 7 werden die Worte "dem Landesvermessungsamt" durch die Worte "der oberen Katasterbehörde" ersetzt.
3. In den Einleitungen des § 4 Abs. 1 und 2 werden jeweils die Worte "vom Landesvermessungsamt" durch die Worte "von der oberen Katasterbehörde" ersetzt.
4. § 7 wird wie folgt geändert:
 - a) In Satz 1 werden die Worte "dem örtlich zuständigen Katasteramt" durch die Worte "der oberen Katasterbehörde" ersetzt.
 - b) In Satz 3 werden die Worte "Das Katasteramt" durch die Worte "Die obere Katasterbehörde" ersetzt.

5. § 9 wird wie folgt geändert:

- a) In Absatz 4 Satz 1 werden die Worte "das Landesvermessungsamt" durch die Worte "die obere Katasterbehörde" ersetzt.
- b) In Absatz 8 wird die Bezeichnung "Flurneuordnungsämter" durch die Bezeichnung "Ämter für Landentwicklung und Flurneuordnung" ersetzt.

6. Dem § 18 Abs. 2 wird folgender Satz angefügt: "Die elektronische Berufung ist ausgeschlossen."

7. In § 21 Abs. 1 werden die Worte "beim Landesvermessungsamt" durch die Worte "bei der oberen Katasterbehörde" ersetzt.

8. In § 26 Abs. 1 wird die Datumsangabe "30. Juni 2008" durch die Datumsangabe "31. Dezember 2009" ersetzt.

Artikel 3**Änderung der Thüringer Ausbildungs- und Prüfungsordnung für die Laufbahn des höheren technischen Verwaltungsdienstes**

Die Thüringer Ausbildungs- und Prüfungsordnung für die Laufbahn des höheren technischen Verwaltungsdienstes vom 17. Mai 2004 (GVBl. S. 637) wird wie folgt geändert:

1. § 40 wird wie folgt geändert:

- a) In Absatz 1 wird nach dem Wort "Ministerium" der Klammerzusatz "(oberste Kataster- und Landesvermessungsbehörde)" eingefügt.
- b) In Absatz 2 wird die Bezeichnung "Landesvermessungsamt" durch die Bezeichnung "Landesamt für Vermessung und Geoinformation (obere Kataster- und Landesvermessungsbehörde)" ersetzt.

2. § 42 wird wie folgt geändert:

- a) In Absatz 5 Satz 1 werden die Worte "beim Landesvermessungsamt" durch die Worte "bei der oberen Landesvermessungsbehörde" ersetzt.
- b) In Absatz 7 wird die Tabelle wie folgt geändert:
 - aa) In der Spalte "Ausbildungsstellen" werden folgende Bezeichnungen ersetzt:
 - aaa) in Abschnitt I "Katasteramt" durch "obere Katasterbehörde",
 - bbb) in Abschnitt III "Katasteramt" durch "obere Katasterbehörde",
 - ccc) in Abschnitt IV "Landesvermessungsamt" durch "obere Landesvermessungsbehörde" und
 - ddd) in Abschnitt VI "Landesvermessungsamt als obere Kataster- und Vermessungsbehörde" durch "obere und oberste Katasterbehörde".

- bb) In der Spalte "Ausbildungsinhalt" wird in Abschnitt VI die Bezeichnung "Katasterämter" durch die Bezeichnung "die obere Katasterbehörde" ersetzt.

Artikel 4**Änderung der Thüringer Ausbildungs- und Prüfungsordnung für die Laufbahnen des gehobenen vermessungstechnischen und des gehobenen kartographischen Verwaltungsdienstes**

Die Thüringer Ausbildungs- und Prüfungsordnung für die Laufbahnen des gehobenen vermessungstechnischen und des gehobenen kartographischen Verwaltungsdienstes vom 25. Oktober 1999 (GVBl. S. 586) wird wie folgt geändert:

1. In § 2 wird die Bezeichnung "Landesvermessungsamt" durch die Bezeichnung "Landesamt für Vermessung und Geoinformation (obere Kataster- und Landesvermessungsbehörde)" ersetzt.

2. In § 14 Abs. 1 wird die Bezeichnung "das Landesvermessungsamt" durch die Bezeichnung "die obere Kataster- und Landesvermessungsbehörde" ersetzt.

3. In § 16 Abs. 2 Satz 2 wird jeweils die Bezeichnung "Thüringer Landesvermessungsamt" durch die Bezeichnung "Thüringer Landesamt für Vermessung und Geoinformation" ersetzt.

4. § 34 wird wie folgt geändert:

- a) Die Überschrift erhält folgende Fassung:

"In-Kraft-Treten, Außer-Kraft-Treten".

- b) Nach dem Wort "Kraft" werden die Worte "und mit Ablauf des 31. Dezember 2009 außer Kraft" eingefügt.

5. Die Inhaltsübersicht wird den vorstehenden Änderungen angepasst.

6. In Anlage 1 wird die Tabelle wie folgt geändert:

- a) In der Spalte "Ausbildungsstelle" werden folgende Bezeichnungen ersetzt:

aa) in den Abschnitten 1 und 4 jeweils "Katasteramt" durch "obere Katasterbehörde",

bb) in den Abschnitten 3 und 6 jeweils "Landesvermessungsamt" durch "obere Landesvermessungsbehörde",

cc) in Abschnitt 5 "Katasteramt oder Landesvermessungsamt" durch "obere Kataster- und Landesvermessungsbehörde",

dd) in den Abschnitten 8 und 11⁺⁺ jeweils "Landesvermessungsamt" durch "obere Kataster- und Landesvermessungsbehörde",

ee) in Abschnitt 10 "Landesvermessungsamt" durch "obere und oberste Kataster- und Landesvermessungsbehörde" und

- ff) in Abschnitt 12⁺⁺) "Katasteramt" durch "obere Kataster- und Landesvermessungsbehörde".
- b) In der Spalte "Ausbildungsinhalt" werden in Abschnitt 4 Spiegelstrich 6 die Worte "im Katasteramt" durch die Worte "in der oberen Katasterbehörde" ersetzt.
7. In Anlage 2 werden in der Tabelle in der Spalte "Ausbildungsstelle" folgende Bezeichnungen ersetzt:
- a) in Abschnitt 3 "Katasteramt" durch "obere Katasterbehörde" und
- b) in Abschnitt 7 "Landesvermessungsamt" durch "obere Kataster- und Landesvermessungsbehörde".
8. In Anlage 3 wird die Tabelle wie folgt geändert:
- a) In der Spalte "Ausbildungsstelle" werden folgende Bezeichnungen ersetzt:
- aa) in Abschnitt 1 "Landesvermessungsamt" durch "obere Kataster- und Landesvermessungsbehörde",
- bb) in Abschnitt 2 "Katasteramt" durch "obere Katasterbehörde",
- cc) in den Abschnitten 5, 6, 9, 11 und 12⁺⁺) jeweils "Landesvermessungsamt" durch "obere Landesvermessungsbehörde" und
- dd) in Abschnitt 13⁺⁺) "Katasteramt Landesvermessungsamt" durch "obere Kataster- und Landesvermessungsbehörde".
- b) In der Spalte "Ausbildungsinhalt" werden folgende Bezeichnungen ersetzt:
- aa) in Abschnitt 2 Spiegelstrich 7 "den Katasterämtern" durch "der oberen Katasterbehörde" und
- bb) in Abschnitt 7 Spiegelstrich 4 "Katasteramt" durch "oberer Katasterbehörde".
9. In den Anlagen 8 bis 10 -Vorderseite- wird jeweils in der Überschrift die Bezeichnung "Thüringer Landesvermessungsamt" durch die Bezeichnung "Thüringer Landesamt für Vermessung und Geoinformation" ersetzt.
- formation (obere Kataster- und Landesvermessungsbehörde)" ersetzt.
2. In § 14 Abs. 1 wird die Bezeichnung "das Landesvermessungsamt" durch die Bezeichnung "die obere Kataster- und Landesvermessungsbehörde" ersetzt.
3. In § 17 Abs. 2 Satz 2 wird jeweils die Bezeichnung "Thüringer Landesvermessungsamt" durch die Bezeichnung "Thüringer Landesamt für Vermessung und Geoinformation" ersetzt.
4. § 31 wird wie folgt geändert:
- a) Die Überschrift erhält folgende Fassung:
- "In-Kraft-Treten, Außer-Kraft-Treten".
- b) Nach dem Wort "Kraft" werden die Worte "und mit Ablauf des 31. Dezember 2009 außer Kraft" eingefügt.
5. Die Inhaltsübersicht wird den vorstehenden Änderungen angepasst.
6. In Anlage 1 wird die Tabelle wie folgt geändert:
- a) In der Spalte "Ausbildungsstelle" werden folgende Bezeichnungen ersetzt:
- aa) in den Abschnitten 1 und 2 jeweils die Bezeichnung "Katasteramt" durch die Bezeichnung "obere Katasterbehörde" und
- bb) in Abschnitt 5 die Bezeichnung "Landesvermessungsamt" durch die Bezeichnung "obere Kataster- und Landesvermessungsbehörde".
- b) In Spalte "Ausbildungsinhalt" wird in Abschnitt 2 Spiegelstrich 8 die Bezeichnung "Katasterämter" durch die Bezeichnung "oberen Katasterbehörde" ersetzt.
7. In Anlage 2 wird in der Tabelle in der Spalte "Ausbildungsstelle" in Abschnitt 2 die Bezeichnung "Katasteramt" durch die Bezeichnung "obere Katasterbehörde" ersetzt.
8. In Anlage 3 wird die Tabelle wie folgt geändert:
- a) In der Spalte "Ausbildungsstelle" werden folgende Bezeichnungen ersetzt:
- aa) in den Abschnitten 1 bis 5, 7 und 9 jeweils "Landesvermessungsamt" durch "obere Landesvermessungsbehörde" und
- bb) in Abschnitt 6 "Landesvermessungsamt Katasteramt" durch "obere Katasterbehörde".
- b) In der Spalte "Ausbildungsinhalt" wird in Abschnitt 5 Spiegelstrich 2 die Bezeichnung "Landesvermessungsbehörden" durch die Bezeichnung "oberen Landesvermessungsbehörde" ersetzt.

Artikel 5

Änderung der Thüringer Ausbildungs- und Prüfungsordnung für die Laufbahnen des mittleren vermessungstechnischen und des mittleren kartographischen Verwaltungsdienstes

Die Thüringer Ausbildungs- und Prüfungsordnung für die Laufbahnen des mittleren vermessungstechnischen und des mittleren kartographischen Verwaltungsdienstes vom 30. September 2002 (GVBl. S. 367) wird wie folgt geändert:

1. In § 2 wird die Bezeichnung "Landesvermessungsamt" durch die Bezeichnung "Landesamt für Vermessung und Geoin-

9. In den Anlagen 8 bis 10 -Vorderseite- wird jeweils in der Überschrift die Bezeichnung "Thüringer Landesvermessungsamt" durch die Bezeichnung "Thüringer Landesamt für Vermessung und Geoinformation" ersetzt.

Artikel 6

Änderung der Thüringer Verordnung über Zuständigkeiten auf dem Gebiet der Berufsausbildungsvorbereitung und Berufsausbildung

In § 5 Abs. 1 Nr. 6 der Thüringer Verordnung über Zuständigkeiten auf dem Gebiet der Berufsausbildungsvorbereitung und Berufsausbildung vom 23. Juli 1999 (GVBl. S. 514), die zuletzt durch Verordnung vom 16. September 2004 (GVBl. S. 743) geändert worden ist, wird die Bezeichnung "das Landesvermessungsamt" durch die Bezeichnung "die obere Kataster- und Landesvermessungsbehörde" ersetzt.

Artikel 7

Änderung der Thüringer Landesvermessungsverfahrensverordnung

Die Thüringer Landesvermessungsverfahrensverordnung vom 5. August 2000 (GVBl. S. 264) wird wie folgt geändert:

1. § 6 Abs. 3 Satz 2 wird aufgehoben.
2. § 9 wird wie folgt geändert:
 - a) Die Überschrift erhält folgende Fassung:

"In-Kraft-Treten, Außer-Kraft-Treten".
 - b) Nach dem Wort "Kraft" werden die Worte "und mit Ablauf des 31. Dezember 2009 außer Kraft" eingefügt.

Artikel 8

In-Kraft-Treten, Außer-Kraft-Treten

- (1) Diese Verordnung tritt am 1. April 2005 in Kraft.

(2) Gleichzeitig treten

1. die Anordnung über die Errichtung und den Sitz der Katasterämter und Thüringer Verordnung zur Bestimmung der örtlichen Zuständigkeit vom 3. Juni 2003 (GVBl. S. 320),
2. die Artikel 1 und 3 der Thüringer Verordnung zur Änderung von Vorschriften aus dem Geschäftsbereich des Innenministeriums und des Ministeriums für Wirtschaft und Infrastruktur und Anordnung über die Errichtung des Landesvermessungsamtes vom 28. September 1995 (GVBl. S. 316) sowie
3. Nummer 1.3.3 der Anlage der Anordnung der Landesregierung und Verordnung des Innenministers über die Errichtung von Behörden und Einrichtungen des Landes Thüringen vom 18. Juni 1991 (GVBl. S. 188), die zuletzt durch Artikel 3 der Anordnung und Verordnung vom 5. September 2003 (GVBl. S. 438) geändert worden ist,

außer Kraft.

Erfurt, den 22. März 2005

Die Landesregierung

Der Ministerpräsident

Dieter Althaus

Der Minister für Bau
und Verkehr

Trautvetter

Die Finanzministerin

Birgit Diezel

Der Innenminister

Karl Heinz Gasser

Der Minister für Landwirtschaft,
Naturschutz und Umwelt

Dr. Volker Sklenar

Herausgeber und Verleger: Thüringer Landtag.

Druck: Gebr. Frank KG, 07545 Gera. Erscheinungsweise nach Bedarf.

Verantwortlich für den Inhalt:

1. Der Thüringer Landtag für die Gesetze.
2. Die Thüringer Staatskanzlei für die Rechtsverordnungen der Landesregierung, der Minister und sonstige Veröffentlichungen von wesentlicher Bedeutung.

Bezugsbedingungen: Bezugszeit ist das Kalenderjahr. Bezugspreis im Abonnement jährlich 43,46 Euro. Abbestellungen für das nächste Kalenderjahr müssen bis spätestens 1. November der Landtagsverwaltung vorliegen. Auslieferung von Einzelstücken durch die Landtagsverwaltung. Preis je Doppelseite: 0,15 Euro zuzügl. Versandkosten. Die Preise enthalten keine Mehrwertsteuer, da die Herausgabe des Gesetz- und Verordnungsblattes hoheitliche Tätigkeit ist.

Postanschrift: Verwaltung des Thüringer Landtags, 99096 Erfurt, Jürgen-Fuchs-Straße 1, Tel.: (0361) 3772073, Fax: (0361) 3772016